



ZivilCourage




**UN-Vertrag
zum Verbot von
Atomwaffen**
Verbietet:
Einsatz oder Androhung des Einsatzes,
Entwicklung, Herstellung, Besitz, Lage-
rung, Stationierung, Transporte von
Atomwaffen

Den INF-Vertrag gegen drohenden atomaren Rüstungswettkampf in Europa retten

Debatte: „Sicherheit neu denken“ mit Beiträgen von T. Schwoerer und C. Neeb

Neue Polizeigesetze: Mobilmachung gegen die eigene Bevölkerung

Lebenslaute: „Mit Pauken und Trompeten“ für Frieden

INF-VERTRAG RETTEN!
THE INF-TREATY! СОХРАНИМ ДОГОВОР О РСМД!

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail office@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Das DFG-VK-Spendenkonto:

IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin,
lieber Leser,
in wenigen Monaten, nämlich im Dezember, wird sich der Tag zum 40. Mal jähren, an dem die Nato ihren berüchtigten sog. Nachrüstungsbeschluss gefasst hatte.



Foto: privat

Anderthalb Jahre später, im Juni 1981, fand die erste große Friedensdemonstration statt, bei der 100 000 Menschen gegen die geplante Stationierung von US-Atomwaffen, die sogenannten Mittelstreckenraketen, in Deutschland protestierten. Diese Demonstration von ganz überwiegend jungen Menschen fand in Hamburg während des evangelischen Kirchentags statt. Das Motto lautete: „Fürchtet euch, wehrt euch – der Atomtod bedroht uns alle!“ Das war auch eine Antwort auf die offizielle Kirchentagslosung „Fürchte dich nicht“.

Und wenn ich die Überschrift von Kathrin Voglers Leitartikel (die sie selbst so gewählt hat) auf der nächsten Seite lese, bin ich geneigt zu sagen: Furcht und Kampf sind kein Widerspruch, sondern aus berechtigter Angst kann Motivation und Kraft für Engagement und Widerstand entstehen. Furcht muss nicht lähmen, sondern kann Energie freisetzen.

Anfang der 1980er Jahre war das so. Der Hamburger Demo folgte im Herbst zunächst die berühmte Demo im Bonner Hofgarten mit 300 000, dann im Juni 1982 eine weitere in Bonn („Aufstehen! Für den Frieden“) mit 500 000 und schließlich im Herbst 1983 die „Volksversammlungen für den Frieden“ mit Demos und Kundgebungen in Bonn, Hamburg, Berlin und der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm mit insgesamt weit über einer Million TeilnehmerInnen.

Ohne dieses Engagement bei Demonstrationen und vielen anderen Aktionen wie z.B. Blockaden in Mutlangen und anderswo wäre es wohl nicht zu dem 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen INF-Vertrag („Intermediate Ran-

ge Nuclear Forces“ = Nukleare Mittelstreckensysteme) gekommen, in dessen Folge bis 1991 über zweieinhalb Tausend Mittelstreckenraketen verschrottet wurden. Und den nun zu nächst Trump und dann Putin gekündigt haben.

Zwei wichtige „Großakteure“ waren damals die Kirche und die SPD. Der Kirchentag bot den Rahmen, wo sich Betroffenheit über die existenzielle Bedrohung durch Atomwaffen ein Forum schaffen konnte, was dann weit über die Kirche hinaus in alle gesellschaftlichen Bereiche Wirkung entfaltete.

Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden, die Kirche(n) kleiner. Aber vielleicht gelingt es mit dem Impuls „Sicherheit neu denken“ aus der badischen Landeskirche, mit dem die Vision einer Entmilitarisierung und der Abschaffung des Militärs entwickelt wird, eine neue Initialzündung zu schaffen. Da wird viel zu debattieren sein. Wir beginnen für die DFG-VK damit in dieser *ZivilCourage* mit den Beiträgen von Thomas Carl Schwoerer und Christoph Neeb zu „Sicherheit neu denken“. Die Jahreslosung der evangelischen Kirche für dieses Jahr lautet übrigens „Suche Frieden und jage ihm nach“...

Die SPD hat damals den Streit über „Krieg und Frieden“ erbittert geführt und damit das, was gesellschaftlich diskutiert wurde, aufgenommen und versucht, daraus praktische Politik zu machen. Auch die SPD ist kleiner geworden, sehr klein. Und für viele Menschen hat sie sich – ebenso wie die Grünen – durch ihre Beteiligung am Jugoslawien-Krieg dauerhaft als Bündnispartner der Friedensbewegung diskreditiert. Vielleicht hätte(n) sie die Chance, durch eine eindeutige Politik gegen den Wahnsinn des 2-Prozent-Ziels der Nato-Staaten und nun erneut drohende atomare Aufrüstung Bündnisfähigkeit und Vertrauen langsam wieder aufzubauen.

Stefan Philipp

Ende des INF-Vertrags: Entweder wir fangen an, uns zu fürchten, oder wir fangen an zu kämpfen

Von Kathrin Vogler



Foto: Deutscher Bundestag

Wir sind mitten in einem neuen Kalten Krieg, der schon jetzt jederzeit eskalieren kann. Die Doomsday-Clock

steht auf zwei Minuten vor zwölf. Zwei Minuten! Zugleich gibt es keine Anzeichen einer politischen Annäherung, einer Bereitschaft zu einem konstruktiven Abrüstungsdialog.

Die USA und Russland beschuldigen sich seit Jahren gegenseitig, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen. Nun haben sie ihn gekündigt. Wo sind die Entspannungspolitiker*innen, die die nächsten sechs Monate nutzen, um eine neue nukleare Aufrüstungswelle in Europa zu verhindern, und wo waren sie in den letzten Jahren? Seit Beginn der Krim-Krise konstruiert die Nato eine neue Konfrontationslinie, mit der sich die geostrategische Landnahme entlang der „Ostfront“ legitimieren lässt. Aber mit einem geladenen Gewehr in der Hand lässt sich schwer verhandeln.

Jetzt ist von der „zunehmenden Aggressivität“ Russlands und von „Abschreckung“ die Rede. Aber eigentlich dürfte Russland höchstens als einer der schwächeren wirtschaftlichen Konkurrenten durchgehen: Das Land ist ebenso abhängig von Nahrungsmittelimporten wie von Rohstoffexporten, sein Bruttoinlandsprodukt liegt im weltweiten Vergleich auf Platz elf, knapp vor Südkorea – und das der USA ist zwölfmal so hoch. Russlands Militärhaushalt betrug 2017 ganze 66,3 Milliarden US-Dollar, das sind 7,4 Prozent der Nato-Rüstungsausgaben.

Im Baltikum und in Polen wird massiv aufgerüstet: Litauen und Lettland haben ihre Militärausgaben seit 2012 verdreifacht. Deutschland unterstützt diese Entwicklung militärisch, und mit der Nato-Propaganda wird das Feindbild Russland neu belebt. Ministerin

von der Leyen nahm am Montag nach Trumps Ausstieg aus dem INF-Vertrag am Kommandowechsel der von der Bundeswehr geführten multinationalen Nato-Battlegroup in Litauen teil. Sie kündigte 110 Millionen Euro aus Deutschland an für die Modernisierung der militärischen Infrastruktur Litauens und versprach: „We will stay here with the Bundeswehr ... as long as the security situation requires it.“

Man will diesen gefährlichen Konflikt nicht politisch lösen, man will ihn militärisch gewinnen: Rotierende Nato-Battle-Groups an der russischen Grenze, verstärkt durch US-amerikanische Atlantic-Resolve-Brigaden, ständige Manöver, die auf beiden Seiten Ost-West-Gefechte simulieren, Nato-Abfangjäger, die russische Kampfjets über Nord- und Ostsee bedrängen – und umgekehrt. Die Präsenz von US- und Nato-Kampfgruppen macht Osteuropa jetzt schon zu einem Pulverfass. Wer in diesem Szenario neue Atomraketen stationieren will, riskiert die Vernichtung dessen, was er zu verteidigen vorgibt.

Wir haben den INF-Vertrag in den 1980er Jahren mit unserem millionenfachen „Nein!“ erkämpft, und wir werden es wieder tun. Die politischen Sprengköpfe in den USA, in Europa und Russland haben nicht das Recht, die Zukunft der Menschheit zu riskieren! Abrüsten statt Aufrüsten! Atomwaffenverbot jetzt!

Kathrin Vogler ist seit Jahrzehnten DFG-VK-Mitglied und war lange hauptamtlich für den Landesverband NRW und den Bundesverband tätig. Seit 2009 ist sie für Die Linke Bundestagsabgeordnete und seit einem Jahr friedenspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, für die sie außerdem Obfrau im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln ist. <<

Inhalt

Titel

04 Nach der Kündigung des INF-Vertrags: In Europa droht ein atomarer Rüstungswettlauf

Antimilitarismus

10 Neues von der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“

8 Verschärfung der Polizeigesetze: Mobilmachung gegen die eigene Bevölkerung

11 Erfolg: Freispruch für DFG-VK-Aktivisten

Debatte

12 Buchbesprechung

„Sicherheit neu denken“

13 Kritischer Zwischenruf

zu „Sicherheit neu denken“

Kino

17 Filmbesprechung

zu „Wintermärchen“

Friedenskultur

18 „Mit Pauken und Trompeten“ –

Interview mit der *Lebenslaute*-Aktivistin Hedi Sauer-Gürth

International

22 Global betrachtet

24 Missstände und Lichtblicke

Literatur

26 Motive und Alternativentwürfe

christlicher Pazifisten

DFG-VK informativ

28 Der „Pietkong“ aus Frankfurt und die Kultur

29 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

30 Interview mit dem DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb

Leibesübungen

34 In vier Tagen 828 Kilometer

für die Abschaffung von Atomwaffen radeln

21 Impressum 35 Briefe

35 Feldpost 35 Beitrittserklärung



In Europa droht ein atomarer Rüstungswettlauf

Friedensbewegung muss von USA + Russland die Rettung des INF-Vertrags fordern

Von Andreas Zumach

Nachdem Anfang Februar zunächst die Trump-Administration und dann auch die Regierung Putin den Austritt aus dem INF-Mittelstreckenabkommen von 1987 angekündigt haben, droht ein atomarer Aufrüstungswettlauf in Europa.

Er könnte noch weit gefährlicher werden, als die Aufrüstung mit sowjetischen SS-20 sowie US-amerikanischen Pershing 2 und Cruise Missiles in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Entsprechende Ankündigungen, Drohungen und Forderungen sind bereits zu hören aus Washington, Moskau sowie in der innenpolitischen Debatte in Deutschland und anderen europäischen Nato-Staaten.

Die Debatte wird mit zum Teil wortgleichen Behauptungen, Rechtfertigungen und Argumenten geführt wie die Kontroverse Ende der 70/Anfang der 80er. Damals demonstrierten in der bis dato größten Friedensbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen in Westeuropa -

darunter auch in der Schweiz - in den USA und schließlich auch in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern gegen „Geist, Logik und Politik der atomaren Aufrüstung und Abschreckung“ und blockierten die Stationierungsorte für atomare Raketen.

Diese Friedensbewegung trug wesentlich dazu bei, dass die Präsidenten der USA und der damaligen Sowjetunion, Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 das INF-Abkommen über das Verbot landgestützter, mit Atomsprengköpfen bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometer unterzeichneten. In Umsetzung dieses Abkommens verschrotteten Washington und Moskau ihr gesamtes, fast ausschließlich auf dem eurasischen Kontinent stationiertes Arsenal von insgesamt rund 2700 Atomwaffen dieser Kategorie.

Noch bleibt Zeit zur Rettung des INF-Vertrages. In Kraft treten die Austrittsankündigungen der USA und Russlands allerdings erst am 2. Au-

gust. Bis dahin sind noch sechs Monate Zeit, diesen hochgefährlichen Rückschritt in eine Zukunft mit wieder erhöhter Atomkriegsgefahr noch zu verhindern. Das kann - wenn überhaupt - aber nur gelingen, wenn die Friedensbewegung politischen Druck macht auf beide Seiten - sowohl auf die Regierungen der USA und der europäischen Nato-Verbündeten wie auf die Regierung Putin in Moskau.

Das Wichtigste ist hierbei die Forderung nach einer möglichst baldigen umfassenden, seriösen Überprüfung der gegenseitigen Vorwürfe aus Washington und Moskau. Denn diese Vorwürfe sind auf beiden Seiten bislang nur Behauptungen, die weder überzeugend belegt noch widerlegt sind. Zur Überprüfung sollten die Regierungen Trump und Putin die weitreichenden Inspektions- und Kontrollmechanismen des INF-Abkommens wieder in Kraft setzen und anwenden. Mit diesen im Dezember 1987 für die Laufzeit von 13 Jahren vereinbarten Mechanismen überwachten sich beide Seiten gegenseitig zunächst beim

Abzug und später der am 31. Mai 1991 abgeschlossenen Verschrottung aller unter das INF-Abkommen fallenden Atomwaffen. Und in den folgenden zehn Jahren bis zum 31. Mai 2001 dienten diese Mechanismen der Sicherheit und dem Vertrauen beider Seiten, dass die jeweils andere Seiten keine neuen Typen der unter das INF-Verbot fallenden Kategorie von Atomwaffen entwickelt.

Dieses gegenseitige Vertrauen hielt auch noch für weitere 13 Jahre vor. Erst 2014 erhoben die USA - noch unter Präsident Barack Obama - erstmals informell den Vorwurf, Russland verstoße mit der Entwicklung einer neuen Mittelstreckenrakete gegen das Abkommen. Die Regierung Putin machte denselben Vorwurf gegen die inzwischen mit Unterstützung der Nato vollzogene Stationierung von „Raketenabwehrsystemen“ der USA in Rumänien und Polen.

Blinde Vasallentreue der europäischen NATO-Regierungen. Die Regierungen der europäischen Nato-Verbündeten haben die Vorwürfe der USA an die Adresse Moskaus ohne ausreichende Prüfung übernommen. Bei der Nato-Außenministertagung Anfang Dezember 2018 stellten sie sich hinter das 60-Tage-Ultimatum, mit dem US-Außenminister Mike Pompeo die Regierung Putin damals aufforderte, die behaupteten Vertragsverstöße bis zum 2. Februar zu korrigieren. Und nur wenige Stunden nach der Ankündigung des Austritts der USA durch Pompeo am 1. Februar stellten sich die Nato-Verbündeten in einer gemeinsamen Erklärung sofort hinter diesen Schritt.

Mit dieser vorschnellen, vasallentreuen Soldaritätsadresse haben die europäischen Regierungen ihre Einflussmöglichkeiten sowohl in Washington wie in Moskau zunächst einmal sehr geschwächt. Und angesichts dieser Solidaritätsadresse mit der Trump-Administration sind die Beteuerungen des sozialdemokratischen deutschen Außenministers, Heiko Maaß, und anderer Mitglieder euro-

päischer Nato-Regierungen, sie seien „gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen“ in ihren Ländern wenig glaubwürdig.

Und ganz wie in den 1980er Jahren kritisieren PolitikerInnen von CDU/CSU in Deutschland sowie konservativen Parteien in anderen Ländern derartige Beteuerungen als „grundfalsch“ und als „Verrat an der Bündnistreue in der Nato“. Sie fordern „alle Optionen, inklusive der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa“ müssten jetzt auf den Tisch. Nur auf diese Weise sei Russland zu „Konzessionen“, zu „Verhandlungsbereitschaft“ und zur „Korrektur der Verstöße gegen den INF-Vertrag“ zu bewegen.

Déjà-vu der 70er und 80er Jahre. Der deutsche grüne Außenpolitiker und ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin ist bislang einer der wenigen, der auch die Vorwürfe Russlands an USA und Nato berücksichtigt.

Trittin forderte „eine Abrüstungsinitiative, um den Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu sichern“, und regte eine neue Variante des Doppelbeschlusses von 1979 an. Die Nato solle Russland anbieten, auf die US-Raketenabwehrsysteme in Europa zu verzichten und die taktischen Atomwaffen der USA aus Deutschland und anderen europäischen Staaten abzuziehen.

Im Gegenzug müsse Russland ebenfalls bei den bereits in Kaliningrad stationierten Iskander-Raketen (die mit Reichweiten von knapp 500 Kilometern auch die Nato-Mitglieder Polen sowie die drei baltischen Staaten erreichen können) sowie bei Marschflugkörpern abrüsten.

Hochgefährliche Atomwaffen in der Pipeline für ein neues Wettrüsten. In den 70er Jahren erregten zunächst im Westen die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 besondere Sorge, weil sie in großer Zahl westlich des Ural stationiert waren. In der Reichweite der SS-20 lagen das gesamte Territorium der

damals ausschließlich westeuropäischen Nato-Staaten. Die Nato reagierte Ende 1979 mit ihrem „Doppelbeschluss“, der die Stationierung neuer Pershing-2-Raketen und von Cruise Missiles androhte, falls Moskau die SS-20-Arsenale nicht abrüste.

Ab Ende 1983 wurden die Atomwaffen der USA in Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien stationiert. Die bereits lange vor dem Doppelbeschluss entwickelte Pershing 2 hätte wegen ihrer hohen Geschwindigkeit und Präzision acht Minuten nach Abschuss von ihren drei Stationierungsorten in Baden-Württemberg Ziele bei Moskau erreichen und zerstören können. Mit einer ausreichenden Zahl von Pershing 2 hätten die USA einen Enthauptungsschlag gegen sowjetische Raketenstellungen führen können.

Entsprechende Befürchtungen wurden noch bestärkt durch Strategiekonzepte aus der damaligen Administration von US-Präsident Ronald Reagan, in denen eine solcher Enthauptungsschlag und das Szenario eines auf Europa begrenzten Atomkrieges erörtert und befürwortet wurden.

Die Waffensysteme, die jetzt in den USA und Russland in der Pipeline sind für einen neuen atomaren Rüstungswettkampf in Europa, lassen die Pershing 2 und die SS 20 alt aussehen. Der US-Kongress bewilligte der Trump-Administration bereits für das Haushaltsjahr 2018 eine erste Tranche von 500 Millionen Dollar zur Entwicklung einer neuen landgestützten Mittelstreckenrakete, die die technologischen Fähigkeiten der Pershing 2 deutlich übertreffen soll hinsichtlich Geschwindigkeit, Präzision, Zerstörungskraft, Steuerungsfähigkeit und der Möglichkeit, nicht nur feste, sondern auch bewegliche Ziele zu treffen.

Denselben „Fortschritt“ bringen auch die bereits in der Produktion befindlichen Nachfolgemodelle für die atomaren Fallbomben vom Typ B61-12, die die USA ab 2020 auf ihren Militärbasen im deutschen Büchel in der Eifel, sowie in den Niederlanden und Belgien stationieren wollen. »

» Diese „Modernisierungsmaßnahme“ wird von allen Nato-Bündnispartnern der USA ausdrücklich unterstützt. Hinzu kommen neue Atomwaffen mit niedrigerer Sprengkraft - sogenannte „Mininukes“ - deren Produktion und Stationierung in Europa US-Präsident Donald Trump bereits Anfang 2018 angekündigt hatte.

Laut Trump sollen diese Waffen mit einer Sprengkraft von immerhin noch einem Mehrfachen der Hiroshima-Bombe, eine derzeit angeblich bestehende „Abschreckungslücke“ gegenüber Russland schließen. Moskau müsse überzeugt werden, dass die USA selbst bei einem rein konventionellen Angriff Russlands etwa auf Polen oder die baltischen Staaten (eine Gefahr, die von der Nato seit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim behauptet wird) bereit und in der Lage sind, atomar zu reagieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergey Schoigu kündigten Anfang Februar die Entwicklung und Stationierung neuer landgestützter Mittelstreckenraketen an sowie von Abschussgeräten für Kalibr-Raketen, die bislang auf Schiffen stationiert sind und daher nicht unter das Verbot des INF-Vertrages fielen.

Die neuen Raketen und Abschussgeräte sollen bis Ende 2021 einsatzbereit sein. Außerdem betreibt Russland laut Putin die Entwicklung von Hyperschallraketen mit größerer Reichweite, die mit mindestens fünffacher Schallgeschwindigkeit auf ihr Ziel zusteuern. Den Prototyp einer neuen Interkontinentalrakete mit Hyperschallgeschwindigkeit hatte Russland bereits 2018 vorgestellt.

Das endgültige Ende des INF-Vertrages würde aber nicht nur zu einem neuen gefährlichen atomaren Rüstungswettlauf der USA und Russlands in Europa führen, sondern auch global. Die Chance, dass sich Washington und Moskau dann noch auf ein Nachfolgeabkommen für den 2021 auslaufenden Start-Vertrag mit zahlenmäßigen Obergrenzen für strategische Atomsprenköpfe und ihre Trä-

gersysteme (Interkontinentalraketen, U-Boote, Langstreckenbomber) einigen können, werden von Rüstungskontrollexperten als minimal beurteilt.

Bislang haben Washington und Moskau noch nicht einmal Verhandlungen über ein Start-Nachfolgeabkommen aufgenommen. Im schlimmsten Fall könnte es auch zu einer Aufkündigung des atomaren Teststopabkommens kommen. Und sollten die USA und Russland wieder ungehemmt atomar aufrüsten entgegen ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT), wird auch dieses Abkommen von den 186 Staaten, die seit 1970 mit ihrer Unterzeichnung des NPT auf die Entwicklung und den Besitz von Atomwaffen verzichtet haben, immer stärker in Frage gestellt werden. Eine neue Eskalation der atomaren Aufrüstung in den USA und Russland wird zudem auch zu entsprechenden Anstrengungen in China führen sowie in der Folge dann auch den beiden inoffiziellen Atomwaffenstaaten Indien und Pakistan.

China, Indien, Iran und andere einbinden? Als US-Präsident Trump den Austritt aus dem INF-Abkommen im Oktober 2018 erstmals androhte, benannte er zur Rechtfertigung neben angeblichen Vertragsverstößen Russlands auch die heutigen Mittelstreckenraketen in China, Indien, Iran, Nordkorea und anderen Ländern, die bei Abschluss des INF-Vertrages im Dezember 1987 noch nicht existierten. Allein China verfügt heute über rund 2000 Mittelstreckenraketen, die mit Reichweiten von über 2000 Kilometern US-amerikanische Ziele im Pazifik und im asiatischen Meer erreichen können.

Trump forderte, der bilaterale INF-Vertrag zwischen Washington und Moskau müsse multilateralisiert und auf China und andere Länder ausgeweitet werden. Das ist aus friedens- und rüstungskontrollpolitischer Sicht durchaus eine richtige Forderung. Nur ist die Zerstörung des bestehenden bilateralen INF-Vertrages

mit Sicherheit der falsche Weg, um zu einem multilateralen Abkommen zu gelangen.

Gegenseitige Vorwürfe zwischen Washington und Russland. Die Trump-Administration rechtfertigt ihren Ausstieg aus dem INF-Abkommen mit dem Vorwurf, Russland habe unter Verstoß gegen den Vertrag eine neue landgestützte Mittelstreckenrakete vom Typ 9M729 (Nato-Code: SSC-8) entwickelt mit Reichweiten bis 2600 Kilometer. Russland habe bereits 64 dieser Raketen stationiert an vier verschiedenen Standorten (bei einem Ausbildungsbataillon auf dem südrussischen Testgelände Kapustin Jar und einem Bataillon in Kamyschlow östlich von Jekaterinburg sowie auf einem Militärstützpunkt in Schuja bei Moskau und in Mosdok in Nordossetien), verbreiteten Medien in Deutschland, den USA und anderen Nato-Staaten am 10. Februar unter Berufung auf nicht näher spezifizierte „westliche Geheimdienstkreise“.

Moskau bestreitet den Vorwurf der Vertragsverletzung und erklärt, die neue Rakete bleibe mit lediglich 480 Kilometern Reichweite unterhalb der Verbotsgrenze des Abkommens. Umgekehrt behauptet Russland, die USA würden mit ihrem im rumänischen Deveselu sowie in Polen stationierten Raketenabwehrsystem vom Typ Aegis Ashor gegen das INF-Abkommen verstoßen. Denn die Startgeräte vom Typ MK 41 für die Abwehrraketen würden die USA auch auf Kriegsschiffen verwenden für den Abschuss von seegestützten Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk. Daher, so Moskau, könnten diese Marschflugkörper auch von dem landstationierten System in Rumänien abgeschossen werden. Washington bestreitet dies.

Andreas Zumach ist seit Jahrzehnten DFG-VK-Mitglied. Seit 1988 ist er Uno- und Schweiz-Korrespondent für die taz mit Sitz in Genf. Anfang der 1980er Jahre war er einer der Sprecher des Koordinationsausschusses der bundesweiten Friedensbewegung. <<

Abrüsten statt aufrüsten

140 000 Unterschriften sind noch lange nicht genug

Von Torsten Schleip



Am 10. Februar trafen sich im DGB-Haus in Frankfurt am Main 140 Vertreter der Friedensbewegung, um über den aktuellen Stand der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ und ihre Weiterführung und Ausdehnung zu beraten.

Mit dieser Teilnehmerzahl war es die bisher größte Aktionskonferenz der Kampagne. Die Bedeutung des Themas gerade für die DFG-VK zeigte sich an der Beteiligung der Bundessprecher Thomas Carl Schworer und Torsten Schleip, des nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsführers Joachim Schramm und mehrerer bundesweit und regional Aktiver wie Hedwig Sauer-Gürth.

In ihren Eingangsstatements skizzierten die ReferentInnen die Notwendigkeit einer Ausweitung der Kampagne.

Michael Rudolph vom DGB konstatierte einen Sprung Deutschlands von Platz 8 auf Platz 4 der Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben, wenn das unlängst von der Bundesregierung zugesagte 1,5-Prozent-Aufrüstungs-Ziel umgesetzt wird. Er benannte auch die dann notwendigen Einsparungen: Ausgaben für Sozial- und Rentenpolitik sowie Bildung.

Michael Müller von den Naturfreunden wies darauf hin, dass die zu erwartenden Kosten für den Kohleausstieg oder die Abfederung der Folgen des Klimawandels nur bei Einschnitten im Verteidigungshaushalt aufgebracht werden können.

Kate Hudson von der Campaign for Nuclear Disarmament legte dar, dass verstärkte Aufrüstung ein globales Problem darstellt und dass insbesondere eine neue Runde nuklearer Aufrüstung Unsummen verschlingen wird.

Die Unterschriftenkampagne wird mindestens bis zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 fortgeführt. Möglichkeiten für das Sammeln von Unterschriften und die Reaktivierung alter sowie die Einbeziehung neuer Partner sollten nicht nur die traditionellen Veranstaltungen der Friedensbewegung wie die Ostermärsche oder der 1. September sein. Vielmehr lässt sich die Problematik der immensen Kosten immer neuer Rüstungsprogramme bei allen sich bietenden Gelegenheiten einbringen: in die Demonstrationen der Friday-for-future-Bewegung, den Europa-Wahlkampf (Kosten einer EU-Armee) oder den Kampf für die Erhaltung des INF-Vertrages und gegen eine neue nukleare Aufrüstungsspirale.

Von vielen TeilnehmerInnen wurde die Notwendigkeit einer zentralen Großdemonstration im Herbst angemahnt, aber auch mehrere zeitgleiche überregionale Demonstrationen sind im Gespräch.

Auch im Rahmen der Auseinandersetzungen um Rechtsruck und neu-

en Nationalismus kann sich die Friedensbewegung von konservativen Positionen abgrenzen, da neue und alte Rechte gemeinsam mit CDU und CSU unisono das Loblied des „Gold gab ich für Eisen“ singen.

Wenn einerseits die SPD-Partei Spitze zumindest verbal das wahlkampfaktive Potenzial der Einschränkung der Verteidigungsausgaben erkennt und andererseits dank medialer Dauerberieselung mit immer neuen Bedrohungsszenarien den Umfragen zufolge größer werdende Teile der Bevölkerung die Notwendigkeit einer Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr anerkennen, dann müssen unsere Standpunkte direkter und wiederholt in die Debatten geworfen werden.

Gerade die DFG-VK sollte wegen ihrer regionalen und lokalen Verankerung das Thema aufgreifen. Es bleibt noch viel zu tun – mit einer Unterschrift könnte es beginnen.

Torsten Schleip ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<



„Abrüsten statt aufrüsten“: gutbesuchte Aktionskonferenz in Frankfurt/Main im Februar

Mobilmachung gegen die eigene Bevölkerung

Die Polizeigesetze der Bundesländer werden massiv verschärft

Von Felix Oekentorp

Szenario 1: Die pensionierte Religionslehrerin Margit A. erfährt, dass ein öffentliches Gelöbnis in ihrem Ort stattfinden soll. Das hat es seit 1945 nicht mehr gegeben, und sie ist empört. Aus den Medien erfährt sie außerdem, dass es eine Kundgebung gegen dieses Gelöbnis geben soll. So engagiert sie sich zum ersten Mal in ihrem Leben politisch, die Beteiligung an den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen nicht mitgezählt. Auf dieser Kundgebung wird sie Zeugin, wie die Polizei massiv gegen Mitdemonstrierende vorgeht. Das widerspricht ihrem Gerechtigkeitssinn, und so mischt sie sich ein. Als sie dem Platzverbot nicht sofort Folge leistet, setzen die Beamten Taser ein. Sie stirbt noch am Kundgebungsort.

Szenario 2: Der Aktivist Walter H. engagiert sich seit Jahren gegen Rüstungsproduktion und -export. Er hat einen Job als selbstständiger Medientherapeut, die Geschäfte gehen so halbwegs, es reicht, um seine Familie zu ernähren. Als er von einem Skandal in der örtlichen Rüstungsschmiede erfährt, beginnt er, eine symbolische Blockade zu organisieren. Bei der Mobilisierung von Mitstreiter*innen bleibt es nicht aus, dass die Polizei davon etwas erfährt und sein Telefon abhört. Noch ist ungeklärt, ob und wer die symbolische Blockade als Kundgebung anmeldet, es sind ja noch fast zwei Wochen, da stehen die Beamten vor seiner Tür und nehmen ihn für 14 Tage in Unterbindungsgewahrsam. In den Zeitraum fällt die Abgabe seines laufenden lukrativen Projekts, statt eines stattlichen Honorars fällt eine saftige Vertragsstrafe an.

Szenario 3: Umweltaktivist*innen blockieren einen Bagger im Tagebau Garzweiler. Sie werden wegen angeblichen Hausfriedensbruchs festge-

nommen. Bei einigen von ihnen lässt sich die Identität nicht feststellen. Das Gericht ordnet eine Gewahrsamnahme für die Dauer von fünf Tagen an.

Nicht möglich? Zu weit hergeholt? Leider nicht! Wir haben es mit unserem Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen“ nicht geschafft, das sogenannte Sicherheitspaket 1 zu verhindern. Im Frühjahr 2018 hatte CDU-Innenminister Reul seine Überlegungen auf den Tisch gelegt, am 7. Juli gab es dagegen eine Großdemo in Düsseldorf mit 20000 Teilnehmer*innen. Danach wurde hinter den Kulissen weiter gearbeitet, sowohl im Landtag als auch außerparlamentarisch.

Zu Szenario 1: Als angeblich nicht-tödliche Waffe werden die im Gesetz korrekt benannten Distanzelektroimpulsgeräte, landläufig nach dem ursprünglichen marktführenden Hersteller Taser bezeichnet, gewertet. Pirmasens liegt in Rheinland-Pfalz, an der Grenze zum Saarland, also nicht in NRW. Dort wurde nach zahlreichen nachgewiesenen Todesfällen mit diesen Waffen in den USA der Gegenbeweis zur Nichttödlichkeit dieser Taser erneut erbracht, diesmal auch in Deutschland, am 18. Januar 2019. (Anm. d. Red.: Vgl. z.B. www.spiegel.de/panorama/justiz/pirmasens-mann-stirbt-nach-taser-einsatz-der-polizei-a-1249310.html)

Zu Szenario 2: Im neuen Paragraph 38 Absatz 2 Satz 1 Polizeigesetz NRW ist festgelegt, dass die Dauer des Gewahrsams auf 14 Tage ausgedehnt werden kann, wenn der Verdacht auf Vorbereitung einer Straftat vorliegt. Also nicht eine Verurteilung als Strafe wegen eines Gesetzesverstoßes, sondern Knast auf Verdacht, nicht in der Justizvollzugsanstalt, sondern in der Zelle im Polizeipräsidium. NRW-Innenminister Reul hält diese Frist von

zwei Wochen für „maßvoll“, und gemessen an der inzwischen möglichen Maximaldauer von drei Monaten in Bayern und drohenden 74 Tagen in Niedersachsen ist es das wohl auch.

Zu Szenario 3: Das Amtsgericht Erkelenz verfügte am Samstag, 9. Februar 2019, die Gewahrsamnahme der AktivistInnen zur Identitätsfeststellung bis zum Donnerstag, 14. Februar. Nach dem alten Polizeigesetz NRW, abgeschafft zum Jahresende 2018, hätte eine Maximaldauer von 12 Stunden Gewahrsam für die Identitätsfeststellung gegolten.

Auf dem Weg in den Polizeistaat?

NRW ist nicht einmal der Vorreiter dieser bedrohlichen Entwicklung einer Aufrüstung des Staates gegen seine Bevölkerung. Den Anfang machte Bayern im Mai letztes Jahr mit der Vorlage im Landtag, dieses bayrische Polizeigesetz wurde im Sommer 2018 beschlossen. Die Maximaldauer des sogenannten Unterbindungsgewahrsams beträgt dort nun drei Monate. Maßlos ist das und ohne Vergleich in anderen Bundesländern, bislang. Auch in anderen Bundesländern drohen teilweise brutale Verschärfungen, wenn die geplanten Änderungen beschlossen werden. Und mancherorts sind diese bereits Gesetz.

Baden-Württemberg, Regierungskoalition: Grüne und CDU, verschärfte sein Polizeigesetz bereits 2017. Nun sind Polizei und Verfassungsschutz befugt, aufgrund eines Verdachts die private Telekommunikation zu überwachen, auch per Staatstrojaner, die Sicherheitslücken auch für kriminelle Hacker öffnen. Unter bestimmten Umständen dürfen Sprengmittel gegen Personen eingesetzt werden, z.B. Handgranaten, Sprenggeschosse, die aus Schusswaffen verschossen wer-

den können, und konventionelle Sprengmittel. Das erinnert an Bürgerkriegsvorbereitung statt an Sicherheitspolitik. Eine biometrische Analyse von Kameraaufnahmen im öffentlichen Raum ist zwar nicht explizit benannt, aber auch nicht ausgeschlossen.

Brandenburg, Regierungskoalition: SPD und Linke: Vier Wochen geplante Maximaldauer von Präventivhaft soll möglich werden, die Schleierfahndung soll ausgeweitet werden, diese ist bislang nur im Grenzgebiet zu Polen möglich. Das Gesetzgebungsverfahren läuft, die erste Lesung war am 14. November 2018, jetzt liegt es beim Ausschuss für Inneres.

In Thüringen, Regierungskoalition: Linke, SPD und Grüne, beträgt die Maximaldauer der Gewahrsamnahme 24 Stunden ohne eine richterliche Entscheidung, mit richterlicher Entscheidung sind es dann doch 10 Tage. Trojaner sind erlaubt, und auch das Unterbrechen und Verhindern von Kommunikationsverbindungen ist möglich. Das Verwanzen von Wohnungen ist seit 2013 erlaubt.

Bremen, Regierungskoalition: SPD und Grüne: Spätestens am Ende des Tages nach ihrer Ergreifung ist eine Person nach Paragraph 18 des Bremer Polizeigesetzes freizulassen. So steht es im Gesetz, das zuletzt im November 2017 geändert worden ist. Ein Bundesland wie im Märchen, klein aber fein.

Berlin, Regierungskoalition: SPD, Linke und Grüne: Das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin ist letztmals 2006 geändert worden, so will es uns gesetze.berlin.de in der Überschrift zum ASOG weismachen,



Foto: Stefan Philipp

listet aber dennoch auch die Änderungen seitdem akribisch auf. Im Jahr 2015 wurde die Möglichkeit der automatischen Autokennzeichenerfassung und das Abhören durch technische Mittel in Wohnungen beschlossen. Die Dauer der Freiheitsentziehung darf laut Paragraph 33 derzeit vier Tage nicht überschreiten.

Hamburg, Regierungskoalition: SPD und Grüne, hat letztmals im Jahr 2011 am Polizeigesetz geschraubt. Die Höchstdauer der Ingewahrsamnahme wurde dabei von 14 auf immer noch 10 Tage reduziert (§ 13c SOG)!

Sachsen, Regierungskoalition: CDU und SPD: Hier wird die Bewaffnung der Polizei erweitert um Maschinengewehre und Handgranaten – der Krieg gegen die Bevölkerung kann beginnen. Eine Quellen-TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) bleibt ausgeschlossen, auch Trojaner. Die Maximaldauer der Freiheitsentziehung durch den Richter, ohne eine Straftat begangen zu haben, wird auf 14 Tage festgelegt. Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf im September 2018 in den Landtag eingebracht. Ein

Bündnis brachte am 26. Januar 2019 7000 Menschen in Dresden zu einer Demo gegen das geplante neue Polizeigesetz auf die Straße.

Rheinland-Pfalz hat bereits im Juni 2017 mit der Ampelkoalition (SPD, FDP und Grüne) ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Eine zunächst geplante Ausweitung der Videoüberwachung bei Großveranstaltungen mit mehr als 500 Menschen war nicht explizit im Gesetz verankert, weil dies unabhängig von der Größe einer Veranstaltung bisher schon möglich war. Eingeführt wurde auch die Möglichkeit der automatisierten Kennzeichenerfassung.

Niedersachsen, Regierungskoalition: SPD und CDU: 74 Tage Maximaldauer für Durchsetzungs- und Präventivgewahrsam sollen ermöglicht werden, zunächst für 30 Tage, zweimal verlängerbar um erst weitere 30, dann um 14 Tage. Taser sollen als Waffe vorrangig zum Einsatz kommen, noch vor dem Schlagstock. Telekommunikationsüberwachung soll erheblich erleichtert werden, Wohnungen sollen verwanzt werden dürfen. Damit käme man der »



Foto: Stefan Philipp

» Vorlage aus Bayern recht nah. Proteste dagegen gab und gibt es. Zeitgleich mit der NRW-Demo am 8. Dezember 2018 demonstrierten auch in Hannover 6000 Menschen gegen das drohende niedersächsische Polizeigesetz. Diverse lokale Demos gab es auch schon in Niedersachsen, so im August in Osnabrück und Braunschweig, in Lüneburg und Hannover.

Das Bündnis #noNPOG dem zahlreiche Organisationen und Parteien von Grünen über Linke und Piraten, Jusos, Fußball-Fan-Initiativen, Gewerkschaften, Asten, attac, IPPNW, aber (noch) nicht die DFG-VK, angehören, hatte auch schon am 8. September 2018 eine Großdemo in Hannover mit 1000 Teilnehmer*innen organisiert.

Der Vorgang liegt im Gesetzgebungsverfahren, zuletzt war der Ausschuss für Inneres und Sport am 31. Januar 2019 damit befasst. Im Landtag gab es auf Antrag der Grünen eine aktuelle Stunde am 13. September 2018, darin sprach Belit Onay, Grüne, angesichts der Präventivhaft von einem Paradigmenwechsel, einem „rechtlichen Salto Mortale“. Weiter benannte er die Sorgen der Menschen, die durch die Teilnahme an der hannoverschen Großdemo zum Ausdruck gebracht wurde: „Eine Sorge um unsere Demokratie, um unsere Freiheit, um unse-

re freiheitliche Grundordnung, um unsere offene Gesellschaft.“ Bei seiner Rede zum gleichen Tagesordnungspunkt „versprach“ Jens Ahrends (AfD), seine Fraktion werde das Gesetz unterstützen. Jan-Christoph Oetjen (FDP) kritisierte die in dem NPOG geplanten Staatstrojaner und verwies darauf, dass die Dauer der Präventivhaft einzigartig sei: „Bis zu 74 Tage sind vorgesehen. So viel gibt es in keinem anderen europäischen Land.“ Noch ist dieses neue Gesetz nicht beschlossen, die *GroKo*, die gemeinsam über 105 gegen 32 Abgeordnete verfügt, scheint so übermächtig wie unbelehrbar.

Deutschland ist ein Flickentepich, die Maximaldauer der Gewahrsamnahme, die Bewaffnung der Polizei, die Möglichkeiten, mit Trojanern und/oder Telefonüberwachung und Wanzen in der Wohnung bespitzelt zu werden, ist von Bundesland zu Bundesland teilweise erheblich unterschiedlich. Es macht auch nicht unbedingt einen Unterschied, welche Parteien die Regierung stellen.

Manche halten die SPD für eine mögliche Bremse gegen brutale Verschärfungen, wenn man sich aber die SPD-geführte große Koalition in Niedersachsen anschaut, dann erkennt man, dass diese eine extreme Maxi-

maldauer für präventive Gewahrsamnahme anstrebt. Und die NRW-SPD hätte ohne Not und ohne Koalitionszwang gegen die erheblichen Verschärfungen stimmen können, das Regierungslager aus CDU und FDP hatte genug Stimmen für die Verabschiedung des sogenannten Sicherheitspaket 1. Der AfD in NRW gingen die Verschärfungen nur nicht weit genug, sie enthielt sich deshalb der Stimme.

Alle Verschärfungen, die komplette Generalmobilmachung gegen die eigene Bevölkerung geschieht mit einer Angstmache vor angeblichen Bedrohungen durch Terrorismus. Die Landesregierung von Brandenburg schreibt tatsächlich in einem FAQ zur geplanten Gesetzänderung, dass „eine tatsächliche Belastung nur für diejenigen entsteht, die sich nicht an Recht und Gesetz halten bzw. halten wollen.“ Halten wir dagegen, solange es noch geht!

Felix Oekentorp ist Landessprecher der DFG-VK NRW und ist von seinem Landesverband in das „Bündnis Polizeigesetz NRW stoppen“ delegiert. Dieses arbeitet auch nach dem verabschiedeten Sicherheitspaket 1 weiter. Nähere Infos z.B. unter <https://polizeigesetz-stoppen.de/>, dort auch weitere Links. <<

Freispruch für DFG-VK-Aktivisten

Landgericht München stärkt Recht auf Whistleblowing

Von Hermann Theisen

Das Landgericht München hat Mitte Januar ein wegweisendes Urteil in Sachen Whistleblowing getroffen und Hermann Theisen vom Vorwurf der Aufforderung zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen freigesprochen. Damit hat zum ersten Mal ein deutsches Strafgericht einen Freispruch ausdrücklich mit der EU-Richtlinie zum Whistleblowing begründet, die das Bundesjustizministerium bereits bis Sommer 2018 hätte umsetzen müssen.

Der Friedensaktivist hatte im Mai 2018 bei dem Rüstungsproduzenten Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in München Flugblätter an die Beschäftigten verteilt und sie darin aufgefordert, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers zu informieren, worauf der KMW-Justitiar eine Strafanzeige wegen des Verdachts einer Aufforderung zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gegen Theisen erstattet hat. Das Amtsgericht München verurteilte ihn daraufhin wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Geldstrafe in Höhe von 2750 Euro, worüber nun das Landgericht München in der Berufungsinstanz zu entscheiden hatte. KMW steht bereits seit mehreren Jahren wegen seiner expansiven Exportpolitik in der Kritik von Friedensorganisationen, und zudem führt die Staatsanwaltschaft München ein Strafverfahren gegen einen ehemaligen KMW-Manager wegen Schmiergeldzahlungen bei einem Rüstungsgeschäft mit Griechenland.

Die Vorsitzende Richterin ließ bereits zu Beginn der Berufungsverhandlung erkennen, dass sie den Vorwurf einer öffentlichen Aufforderung zu Straftaten nicht mittragen werde, da sie eine Strafbarkeit der Flugblät-

ter nicht erkennen könne. Dabei bezog sie sich explizit auf die EU-Richtlinie zum Whistleblowing, wonach es nicht strafbar ist, illegale Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu veröffentlichen, wenn dies aus altruistischen Motiven heraus erfolgt. Auf diesem Hintergrund und auch aus Gründen der Meinungsfreiheit sei „Whistleblowing nicht strafbar“, so die Richterin. Der Staatsanwalt plädierte ebenfalls auf Freispruch, nachdem er noch in seiner Berufungsbegründung zunächst eine höhere Strafe beantragt hatte, da die vom Amtsgericht verhängte Geldstrafe „dem Unrechtsgehalt der vom Angeklagten begangenen Straftat nicht gerecht“ geworden sei. Seine Kehrtwende erklärte er damit, dass sich inzwischen auch die Staatsanwaltschaft München eingehend mit der neuen Rechtsprechung zum Whistleblowing beschäftigt habe und somit der gegen den Friedensaktivisten erhobene Strafvorwurf nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Der rechtskräftige Freispruch des Landgerichts München dürfte nun eine Signalwirkung auf weitere anhängige Strafverfahren wegen vergleichbarer Aufrufe zum Whistleblowing haben. So verurteilte das Amtsgericht Celle im November 2018 Hermann Theisen wegen eines Rheinmetall-Aufrufs zum Whistleblowing zu einer Geldstrafe in Höhe 1800 Euro. Auch hier ging es um die Frage, ob es strafbar ist, die Beschäftigten von Rheinmetall aufzufordern, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers zu informieren. Auch Rheinmetall steht aufgrund seiner expansiven Rüstungsexporte, die im großen Stil über Tochterfirmen im Ausland abgewickelt werden, in der Kritik, da der größte deutsche Rüstungsproduzent damit hem-

mungslos die deutschen Ausfuhrbestimmungen für Waffenexporte umgeht.

Und das Amtsgericht Cloppenburg verurteilte im Dezember 2018 wegen eines Vet-Pharma-Aufrufs zum Whistleblowing zu einer Geldstrafe in Höhe von 750 Euro. Das Friesoyther Pharmaunternehmen steht in Verdacht, Medikamente in die USA exportiert zu haben, die der EU-Folterkonvention unterliegen, da sie auch zur Hinrichtung von Häftlingen in US-Gefängnissen eingesetzt werden können. Deswegen führte die Staatsanwaltschaft Oldenburg eine Hausdurchsuchung bei dem Pharma-Unternehmen durch, was sie nicht davon abhielt, parallel hierzu ein Strafverfahren gegen den DFG-VK-Aktivisten einzuleiten.

Das Hautzollamt Bremerhaven, das im Auftrag der Staatsanwaltschaft Oldenburg die weiteren strafrechtlichen Ermittlungen gegen Vet-Pharma übernommen hat, ging sogar soweit, den Friedensaktivisten um Unterstützung für den Fall zu bitten, dass sein Aufruf zum Whistleblowing erfolgreich sei sollte, was die Taz mit der Schlagzeile „Friedensaktivist soll petzen“ auf den Punkt gebracht hat.

Parallel zu diesen Strafverfahren sind vor den Verwaltungsgerichten München, Lüneburg und Oldenburg zudem Verfahren wegen Flugblattverboten anhängig. Die Gerichtsverfahren werden dazu dienen, den überfälligen Prozess einer Implementierung der EU-Richtlinie zum Whistleblowing in die deutsche Rechtsprechung voranzubringen. Damit Whistleblowing in Deutschland nun endlich legalisiert wird!

Hermann Theisen ist DFG-VK-Mitglied und lebt in Hirschberg. Kontakt für Nachfragen: Hermann.Theisen@t-online.de ‹‹

„Sicherheit neu denken“

Eine Besprechung des Vorschlags der Evang. Landeskirche in Baden

Von Thomas Carl Schwoerer

Kein Text der letzten zwei, drei Jahre hat mich so begeistert wie dieses Buch aus der Friedensbewegung. Es verspricht eine breit vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung und könnte dementsprechend auch „Netzplan für eine Welt ohne Militär“ heißen – so das Motto des Bundeskongresses der DFG-VK vom 8. bis 10. November in Frankfurt am Main, der das Thema des Buchs in seinen Mittelpunkt stellen wird.

Dieses entfaltet eine positive Vision, die klar aufzeigt, warum und in welchen Schritten wir auf das Militär verzichten können (und welche negativen Folgen entstehen, wenn wir diese Chance nicht wahrnehmen). Wir benötigen diese Vision dringend, weil sich unsere Adressaten politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen. Daran mitgearbeitet haben elf Personen unter anderem aus dem Umfeld der Evangelischen Landeskirche in Baden, darunter die beiden DFG-VK-Mitglieder Stephan Brües und Theodor Ziegler. Die Grundidee: In 20 Jahren gibt es keine Bundeswehr mehr und auch kein Militär in drei anderen europäischen Ländern. Stattdessen werden die kollektiven Sicherheitssysteme gestärkt, die alle Probleme zwischen Blöcken und Nationen insbesondere durch Verhandlungen und Mediation regeln. Der Hauptweg zu diesem Wandel sind Abrüstung, Konversion und Stärkung der Vereinten Nationen.

Das Buch ist beeindruckend gut durchdacht und formuliert, mit sehr konkreten Vorschlägen dafür, wie das erwähnte Ziel Schritt für Schritt bis 2040 zu erreichen ist. Diese Schritte sind da, wo es hilfreich ist, mit Zahlen und spannenden Studien unterfüttert und knüpfen neben aller nötigen Kri-

tik klugerweise an die wenigen bestehenden Stärken an, die beispielsweise das Auswärtige Amt mit der Entsendung von Friedensfachkräften aufweist. Die Schritte sind bei aller Konkretion hinreichend flexibel gestaltet, um im Laufe der Zeit eine eventuell nötige Umorientierung zu gestatten.

Das Buch zeugt von einem bemerkenswerten psychologischen Einfühlungsvermögen in die Vorstellungen von Andersdenkenden, etwa indem es von Anfang an die positiv besetzten Begriffe „Sicherheit“ und „Verantwortung“ in den Mittelpunkt stellt und im Sinne des politischen Pazifismus umwidmet.

Das wichtigste postulierte Nahziel ist ein Beschluss des Bundestags im Jahre 2025, was eine starke Bearbeitung einer Vielzahl von Wahlkreiskandidat*innen ab Mitte 2020 im Vorfeld der nächsten turnusmäßigen Bundestagswahl voraussetzt. Dieser Beschluss sieht vor, dass Deutschland in Kooperation mit drei anderen europäischen Ländern eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik entwickelt, die auf den fünf Säulen gerechte Außenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie sowie Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie beruht.

Ohne eine breite Bewegung wird es diesen Beschluss nicht geben. Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der dafür nötigen Vernetzung der Zivilgesellschaft hat sich Ende 2018 konstituiert und ist offen für weitere Verbandsvertreter*innen. Alle beteiligten Organisationen sollten im eigenen Rahmen auch über die Landesgrenzen hinweg für das Konzept werben (z.B. mit Hilfe der englischen Ausgabe des Buches, die unter der obengenannten Mail-Adresse zu bestellen ist).



Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht (Hrsg.): Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040. Karlsruhe 2018; 165 Seiten; 9,95 Euro (Das Buch hat diese ISBN: 978-3-8079-9992-0 und ist damit über den Buchhandel bestellbar; außerdem ist es erhältlich über den Shop der Kirche in Baden (<https://shop.ekiba.de/flucht-migration/sicherheit-neu-denken-von-der-militaerischen-zur-zivilen-sicherheitspolitik.html>); dann zzgl. Versandkosten). Die 36-seitige Kurzfassung ist kostenlos (zzgl. Versandkosten) ebenfalls über den genannten Shop erhältlich. InteressentInnen an der englischen Version wenden sich bitte per E-Mail an Elisabeth.Russy@ekiba.de

Zum Aufbau des Buches: Nach einer ausführlichen Einleitung erfolgt eine knappe Analyse zunächst der Bedrohungen und Gefahren, dann der positiven Entwicklungen. Den breitesten Raum nimmt das anzustreben-

de Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“ in weitgehend chronologischer Reihenfolge ein, das die erwähnten fünf Säulen unterschiedlich umfangreich vorstellt. Den Abschluss dieses Teils bilden die „Meilensteine der Entwicklung von 2018 bis 2040“ und „Zivile Sicherheitspolitik in Zahlen“. Am Ende des Buches stehen auf je fünf Seiten das (die derzeit herrschenden Bedingungen fortschreibende) Trendszenario „Schleichende Militarisierung“ und das (noch üblere) Negativszenario „Nahe am Abgrund“.

Um breite gesellschaftliche Kreise anzusprechen, ist das Buch nicht überall widerspruchsfrei, etwa indem einerseits von ausschließlich unbewaffneten internationalen Einsätzen die Rede ist und andererseits von einer Art Weltpolizei, die wohl bewaffnet wäre. Immerhin arbeiten die Autor*innen sauber die Unterschiede zwischen polizeilichen und militärischen Kräften heraus.

Zweitens plädieren sie für eine – nicht-militärische – weitere Mitgliedschaft in der Nato in einer Übergangszeit, bei gleichzeitigem Einwirken auf die Mitgliedsländer im Sinne der zivilen Sicherheitspolitik. Das entspricht der Grundfigur der Doppelherrschaft: Parallel zu den bisherigen militärischen kommen zivile Denkweisen und Strukturen hinzu, die schrittweise zu stärken sind. Ein Beispiel könnte ein Zivilattaché in jeder Botschaft sein, in denen bisher ausschließlich Militärattachés vorhanden sind. Bei aller nötigen Diskussion dieser Herangehensweise wäre es derzeit nicht produktiv, über die Frage „Nato – ja oder nein“ im Sinne einer reinen Lehre zu streiten und deswegen auf eine Mitarbeit in diesem Bündnis zu verzichten. Stattdessen empfiehlt es sich, das Verbindende statt des Trennenden zu benennen und zu betonen – wie bei der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Es wird ein langer Weg, die Ideen dieses Buches in die Tat umzusetzen, zumal der Widerstand dagegen aus den politischen Eliten und der Rüstungsindustrie groß sein dürfte. Der Einsatz dafür wird sich aber lohnen. Historische Beispiele, auf die sich das Buch bezieht, machen Mut: die Abschaffung der Sklaverei, die Erlassjahrkampagne, der Ausstieg aus der Atomenergie und die Ächtung von Gewalt in der Kindererziehung. Hinzuzufügen wäre die Ächtung der häuslichen Gewalt gegen Frauen: Seit nicht allzu langer Zeit wird die Polizei gesetzlich dazu angehalten, dagegen vorzugehen.

Thomas Carl Schwoerer ist Verleger und Autor sowie Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. Er arbeitet für die DFG-VK in der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Vernetzung von „Sicherheit neu denken“ mit. ‹‹

Im Ansatz gut, aber unzureichend

Ein kritischer Zwischenruf zu „Sicherheit neu denken“

Von Christoph Neeb

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik macht gegenwärtig nicht den Eindruck, von einer langfristigen Strategie oder einem langfristigen Konzept geleitet zu sein so wie sie es war, als Willy Brandt die Entspannungspolitik oder Helmut Kohl die europäische Integration betrieben. Es ist deswegen verdienstvoll, die gegenwärtig bestehende Lücke zu nutzen, um eine neue langfristig angelegte Friedens- und Entspannungspolitik Deutschlands auf den Weg zu bringen. Eine Initiative dazu erscheint noch erfolgversprechender, wenn sie aus den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen kommt, und nicht alleine aus der Friedensbewegung.

Die Autorinnen und Autoren der Schrift „Sicherheit neu denken“ (siehe die Rezension auf der vorhergehenden Seite), die von DFG-VK-Mitgliedern, die kirchlich engagiert sind, mit initiiert und geschrieben wurde und die im Auftrag des evangelischen Oberkirchenrats in Karlsruhe herausgegeben wurde, nehmen sich den Atomausstieg und die Erlassjahr-Kampagne „Entwicklung braucht Entschuldung“ zum Vorbild. Sie wollen so für eine deutsche Friedenspolitik nach dem Vorbild der Ostpolitik werben. Deutschland soll mit einer solchen Politik Ansätze wie die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen, den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlö-

sung und Friedenskonsolidierung“ der rot-grünen Bundesregierung von 2004 und die Agenda 2063 der Afrikanischen Union aufnehmen und weiterführen. Deutschland soll trotz seiner Größe abrüsten und eine Politik nach dem Vorbild von Staaten wie dem Nato-Mitglied Island, dem OAS-Mitglied Costa Rica oder dem Inselstaat Mauritius führen.

Das ist manchem aus der Friedensbewegung nicht radikal genug: Warum fordern die Autoren nicht den Austritt Deutschlands aus der Nato? Die Antwort darauf, auch in der Friedensbewegung: Weil es darum geht, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schmieden, und da könnten ››

» bestimmte radikale Forderungen so gleich jeden Fortschritt blockieren.

Außerdem ist der Text für eine Kirche bereits eine radikale Wende, wie auf Seite 24 nachzulesen ist, wo einige kirchliche Veröffentlichungen zum „gerechten Frieden“ aufgelistet werden, aber es „halten sich diese Texte die Möglichkeit offen, militärische Gewalt zum Schutz von Menschen einzusetzen. Einen deutlich stärkeren Impuls mit einem klaren Votum für Gewaltfreiheit gab es durch den friedensethischen Prozess, der 2011 in der Evangelischen Landeskirche in Baden begann“.

Dies zu Ende gedacht bedeutet nicht weniger, als dass die Kirche in den Fragen von Krieg und Frieden zurückgeht zu ihrer Haltung vor der Konstantinischen Wende im Jahr 313, zurück zu der Zeit, bevor sie Staatskirche war.

Historisch ist das konsequent. Die Kirchen sind längst nicht mehr, so wie früher, Staatskirchen, ihre Bedeutung schwindet. Sie müssen also nicht mehr staatstragende Positionen vertreten. „Sicherheit neu denken“ rüttelt an den Grundfesten des gegenwärtigen Selbstverständnisses von Kirchen. Das Festhalten an der Kirchensteuer und an der Seelsorge für Soldatinnen und Soldaten in der heutigen Form zeigen, dass die Konfessionskirchen zumindest in Deutschland noch nicht so weit sind, eine nicht mehr staatstragende Rolle einzunehmen. So gesehen ist der friedensethische Prozess seit 2011 an Radikalität kaum zu überbieten. Die größte Herausforderung für die Autoren wird deswegen darin bestehen, innerhalb der Kirchen für ihr Konzept zu werben.

Umso wichtiger wäre es, dass „Sicherheit neu denken“ ein tragfähiges Konzept bietet. Aber da kommen mir bei der Lektüre doch erhebliche Zweifel. Es beginnt damit, wie die im Konzept durchgeführte Szenariotechnik angewendet wird.

Die Szenariotechnik ist eine Methode zur Antizipation von aus Sicht der Gegenwart möglichen Zukunfts-

verläufen, wobei nicht der Fehler der klassischen Prognose begangen werden soll, gegenwärtige Trends linear fortzuschreiben, sondern Umbrüche und Wechselwirkungen in die Betrachtung einbezogen werden sollen.

„Die Szenariotechnik arbeitet mit drei unterschiedlichen Szenarien: positives Extremszenario [...], negatives Extremszenario [...], Trendszenario [...]“ heißt es auf S. 8 von „Sicherheit neu denken“.

Es ist jedoch nicht richtig, dass man in der Szenariotechnik nur mit diesen drei unterschiedlichen Szenarien arbeiten soll. Es können auch noch mehr Szenarien sein. Die eigenen Kapazitäten setzen hier die Grenze für die Anzahl der Szenarien. Deswegen läuft es aus arbeitsökonomischen Gründen oft darauf hinaus, dass nur drei Szenarien entwickelt werden. Sich jedoch von vorneherein zum Ziel zu setzen, nur drei Szenarien zu entwickeln, schränkt das eigene Denken unnötig ein, wo die Szenariotechnik doch gerade den Horizont weiten soll.

Die Szenariotechnik dient dazu, mit Hilfe von kreativem Denken, Vorstellungskraft, informellen Methoden und der Verwendung qualitativer, subjektiver Information verschiedene plausible Geschichten darüber, wie sich die Welt oder ein bestimmter Bereich der Welt weiterentwickeln könnte, zu entwickeln und zu erzählen. Wichtig ist, dass sie plausibel sind, denn sie sollen als Basis zur Entwicklung von Strategien und Agenden dienen. Dabei können sich mögliche Akteure selbstverständlich auf ein bestimmtes Szenario konzentrieren, sie müssen es aber nicht. Ich sehe jedoch nicht, inwieweit die Szenariotechnik dazu dienen soll, ein Wunschscenario zu entwickeln. Die Geschichten sollen doch plausibel sein. Indem man sie entwickelt, soll man lernen und sich dann eine Strategie überlegen, wie man mit den möglichen Entwicklungen umgehen will.

In „Sicherheit neu denken“ haben wir es aber fast den ganzen Text lang mit einem Wunschscenario zu tun, nicht mit einer Strategie, nicht mit ei-

ner Agenda. Und deswegen läuft meiner Meinung nach der Text als Gesamtkomposition schief, so viel Richtiges darin stehen mag.

Denn tatsächlich steht viel Richtiges in dem Text: die treffende Kritik an der gescheiterten und nur unzureichend evaluierten „militärgestützten Sicherheitspolitik“ (S. 6 f., S. 16 f.), die scheinbar erlösende Funktion von Gewalt (S. 105 f.), der Verweis auf die Untersuchung von Chenoweth und Stephan 2011, nach der gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie ein bewaffneter Aufstand (S. 19, 23 f., 76), die Unterscheidung von polizeilicher und militärischer Gewalt und die Kritik an der zunehmenden Vermischung beider (S. 50, 71, 108), die berechtigte Kritik an einem Denken, nach der Bedrohungen angeblich immer von außen kommen (S. 22, 58 f.).

Jedoch treffe ich vielfach zugleich auf Wunschdenken, das mich ratlos zurücklässt: fortbestehende Mitgliedschaft in der Nato bei gleichzeitiger kompletter Abrüstung (S. 65), die OSZE als alleiniges Sicherheitssystem in Europa, aber trotzdem bestehe die Nato fort (S. 61), Plädoyer für ein Desertec 2.0 ohne ein Wort dazu, woran das erste Desertec gescheitert ist (S. 42, 45 f.), die Verleihung eines „Zivil-Logos“ an Firmen, obwohl Rüstung lukrativer sein wird als jedes Logo (S. 118), George W. Bush und Tony Blair vor Gericht, eine sehr kurze Beschreibung der möglichen Reaktionen auf Abrüstung und Rüstungskonversion, welche die Entschlossenheit der Befürworter der bisherigen „militärischen Sicherheitspolitik“ enorm unterschätzt.

Insgesamt wirkt der Text wie eine Utopie. „Das Szenario erhebt [...] keinesfalls den Anspruch eines Masterplans oder einer wissenschaftlichen Expertise. Es will vielmehr dazu anregen, die in ihm entwickelten Konkrete den aufkommenden Komplexitäten und Konflikten entsprechend zu verändern und anzupassen.“ (S. 15) Die eigentliche Denkarbeit muss also erst noch geleistet werden?

Wenn ja, dann muss nicht nur das gerade erwähnte Wunschdenken überwunden werden. Es gibt weitere Widersprüche in dem Text.

Wenn in dem friedensethischen Beschluss, den die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden gefasst hat, der Ausstieg aus der „militärischen Friedenssicherung“ mit dem Ausstieg aus der Atomenergie verglichen wird (S. 9), dann hinkt dieser Vergleich. Er missachtet den jeweiligen Sinn. Es gibt andere Möglichkeiten der Stromerzeugung. Wenn sie genutzt werden, kann alles weitergehen wie bisher.

Wenn man schon Vergleiche anstellt, dann kommt der Ausstieg aus der „militärischen Friedenssicherung“ einem Ausstieg aus der Stromerzeugung überhaupt gleich, und der Atomausstieg ist da schon eher vergleichbar mit dem Ausstieg aus einer Waffengattung. Eine Welt ohne Krieg ist eine viel grundlegendere Wende, etwa vergleichbar mit der Abschaffung der Sklaverei. Die meisten Menschen der Antike konnten sich eine Gesellschaft ohne Sklaven nicht vorstellen, so wie sich heute die meisten Menschen eine Welt ganz ohne Rüstung und Militär nicht vorstellen können. Erstaunlich eigentlich, dass man in der Kirche nicht auf diesen Vergleich Bezug nimmt, denn gerade auch aus dem Christentum stammen die Vorstellungen, die uns heute die Sklaverei als Unrecht erscheinen lassen.

„Sicherheit neu denken“ soll nicht der Dominanz Deutschlands das Wort reden, aber trotzdem „setzt Deutschland [...] die Schaffung eines fairen und transparenten internationalen Schiedsverfahrens für überschuldete Staaten durch, das ab 2030 in Anlehnung an nationale Insolvenzrechte für Schuldner die soziale Marktwirtschaft auch in diesem Bereich globalisiert.“ (S. 37)

Das Konzept der kollektiven Sicherheit soll weiterentwickelt werden zu einem Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“, dessen vorrangiges Ziel „koexistenzielle Beziehungen“ sein sollen, „bei denen ein Wertekonsens

nicht erreicht, ein globaler Interessenabgleich aber möglich wird.“ (S. 54) Sogleich folgt aber ein Zitat aus einer Erklärung der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen von 1983, in welchem es heißt, das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ der Staaten müsse durch ein Konzept der „Sicherheit der Bevölkerungen“ untermauert werden. Wahre Sicherheit der Bevölkerung erfordere die Respektierung der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung. Wie soll dann aber ein Interessenabgleich mit Staaten möglich sein, welche die Menschenrechte missachten? (S. 55)

Nach dem Wunschscenario wird es einen solchen Interessenabgleich auf Dauer nicht geben müssen, denn 2025 „entscheidet sich der Deutsche Bundestag [...] für die Qualifizierung ausländischer Gruppen in gewaltfreiem Zivilem Widerstand“. (S. 106) Hier findet sich eine der wenigen Textstellen, in welcher ein Problem entfaltet wird: Der Beschluss löst „internationale Empörung“ aus. Als gemeinsame Lösung des Problems sollen die Schulungen in einem neu zu gründenden UN-Schulungszentrum für Zivilem Widerstand in Bonn stattfinden. (S. 107) Das ändert jedoch nichts an dem Eindruck, dass auf Dauer nicht bloß Koexistenz, sondern ein globaler Wertekonsens geschaffen werden soll.

Den ganzen Text durchzieht eine Beschreibung Deutschlands, das agiert, fördert, zahlt. Der Gedanken, dass es vielleicht das Beste wäre, andere Länder einfach in Ruhe zu lassen, findet sich nur in Bezug auf die EU-Agrarsubventionen. Auch durchzieht den Text ein bemerkenswertes Vertrauen in die Wirksamkeit und Heilsamkeit staatlichen Handelns.

Es ist zudem erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wird, dass Deutschland auch in zehn oder zwanzig Jahren noch so dominant und wohlhabend sein wird, dass es Milliarden an Euro für die verschiedensten Zwecke wird einsetzen können.

„Deutschland“, heißt es „setzt sich ab 2025 für die Überwindung der Dominanz der Industriestaaten in der Welthandels- und Weltfinanzordnung ein, die den ‚globalen Süden‘ strukturell benachteiligt. Daraus ergeben sich für Deutschlands exportorientierte Wirtschaft zugleich neue und nachhaltige Kooperationsgewinne.“ (S. 36) Von der strukturellen Benachteiligung des „globalen Südens“ profitiert Deutschland dann nicht mehr. Nur wenn die neuen und nachhaltigen Kooperationsgewinne Deutschland tatsächlich zuwachsen, kann es so dominant, zahlungskräftig und hilfsbereit bleiben, wie es in dem Szenario vorausgesetzt wird. Diese Vorrangstellung wird jedoch nur dann benötigt, wenn sich aus den neuen nachhaltigen Kooperationsgewinnen Deutschlands wiederum strukturelle Benachteiligungen für andere ergeben.

Merkwürdig erscheint mir die Fokussierung auf Russland. Die EU, Russland und weitere Staaten der ehemaligen Sowjetunion sollen eine Wirtschaftsunion von Lissabon bis Wladivostok bilden, die „Eurasische Wirtschaftsunion“, EAWU. (S. 32, 41, 52, 61, 65) Abgesehen davon, dass hier Länder zusammengespannt würden, deren wirtschaftliche Struktur sehr unterschiedlich ist, was schon in der EU schlecht funktioniert, geht dieser Plan meiner Ansicht nach von der falschen Vorstellung aus, dass „die gewaltsame Übernahme der Krim durch Russland sowie die gewaltsamen Separationstendenzen in der Ostukraine“ wesentlich eine Folge der Konkurrenz von Russland und der EU um wirtschaftliche Einflusssphären seien.

Länder in einer Wirtschaftsunion zu haben, bedeutet zum einen noch nicht automatisch, dass zwischen diesen Ländern bestehende Konkurrenzverhältnisse befriedet sind. Zum anderen geht es Russland auf der Krim und in der Ukraine nicht bloß um Wirtschaftsfragen. Die Nato plant, die Ukraine und Georgien aufzunehmen. Russland hätte dann nur noch einen vergleichsweise kleinen Zugang zum »

» Schwarzen Meer zwischen zwei Nato-Staaten, und der Hafen von Sewastopol wäre von Nato-Gebiet umschlossen. Gleichzeitig hätte der Sturz des syrischen Diktators Assad bedeutet, dass Russland seinen letzten verbliebenen Mittelmeerstützpunkt, Tartus, verliert. Ohne Tartus hätte Sewastopol kaum noch einen Wert für Russland. Tartus und Sewastopol gewährleisten die Präsenz Russlands im Mittelmeer. Für die Rolle Russlands als Großmacht ist das essenziell. Sowohl bei der Krim und der Ostukraine als auch im Fall von Syrien geht es Russland um seine Großmachtstellung. Aus Russlands Sicht hängen beide Konflikte miteinander zusammen. Und natürlich geht es auch um die Lieferwege für Öl und Gas.

Das ist Geostrategie. Mit einer Wirtschaftsunion alleine lassen sich die daraus resultierenden Konflikte nicht lösen, zumal auf dem eurasischen Kontinent und im Mittelmeer noch mehr Akteure aktiv sind als nur die Westeuropäer und Russland. Es sind vor allem zwei Akteure, die in „Sicherheit neu denken“ kaum erwähnt werden: USA und China.

Zbigniew Brzezinski, der frühere Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, hat in seinem Buch „The Grand Chessboard“ beschrieben, dass es ein vitales Interesse der USA ist, dass es zu keiner Kooperation sämtlicher Staaten des eurasischen Kontinents kommen darf, weil eine solche Kooperation die USA in eine für sie bedrohliche Randlage bringen würde. Diese Denkweise bestimmt bis heute US-amerikanische Politik. Es ist deswegen zu erwarten, dass der konkrete Plan einer Wirtschaftsunion von Lissabon bis Wladiwostok auf den erbitterten Widerstand der USA stoßen wird – sie werden jede Möglichkeit, die sie haben, nutzen.

China verfolgt inzwischen noch konsequenter als bisher eine Politik, die es zurückführen soll zu der Stellung, die es in der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte, in der Epoche, welche die Europäer Rokoko nennen. Da-

mals stellte China als wichtigste politische ökonomische Macht Asiens etwa 50 Prozent der Weltproduktion. Eine ähnliche Stellung hatten die USA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als Europa weitgehend zerstört war, China wirtschaftlich bedeutungslos war und Afrika fast nur aus Kolonialgebieten bestand. Von einer weltweiten Dominanz der Europäer konnte Mitte des 18. Jahrhunderts keine Rede sein. Diese damalige Stellung will China wieder erlangen. Deswegen kauft China den Hafen von Piräus, eröffnet eine Militärbasis in Djibouti und lässt sich von Sri Lanka den Hafen Hambantota übergeben. China geht denselben Seeweg wie einst Großbritannien, nur in Richtung Westen. China forciert seine Initiative für eine neue Seidenstraße, die, so Sigmar Gabriel 2018, für den Versuch steht, „ein umfassendes System zur Prägung der Welt im chinesischen Interesse zu etablieren“. In Afrika verbreitet China sein „chinesisches Modell“ und investiert. Auf Investitionen aus Deutschland ist man dort immer weniger angewiesen.

In Jorgen Randers Buch „2052. A Global Forecast for the Next Forty Years. A Report to the Club of Rome Commemorating the 40th Anniversary of The Limits to Growth“, erschienen 2012, traut man den Chinesen zu, dass sie ihr Ziel erreichen werden: „China in 2052 will [...] be a civilization-state, representing a modern incarnation of the Chinese dynasties that considered themselves the center of civilization in a world of barbarians.“ (S. 279)

Russland hat sich China angenähert, führt mit China gemeinsame Militärmanöver durch und ist Mitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, für die es Pläne gibt, sie zu einer „Nato des Ostens“ auszubauen. Russland hat heute weniger Einwohner als Bangladesch oder Nigeria, und dies wird sich noch weiter zu Lasten Russlands verschieben. Russland könnte sogar zu einer Art Vasallenstaat Chinas werden.

Derweil lautet in den USA die Agenda „Make America great again“, was nichts anderes heißt, als zurück-

zuwollen zur dominanten Stellung der USA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Der gegenwärtige US-Präsident stellt sich dabei augenscheinlich nicht besonders geschickt an. Aber es könnte sein, dass sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin es besser machen wird. Ich glaube jedenfalls nicht daran, dass die USA dabei sind, sich von ihrer Rolle als Weltmacht verabschieden zu wollen. Ein China, das 50 Prozent der Weltproduktion und entsprechenden politischen Einfluss haben will, und die USA, die dasselbe wollen: Dazwischen bleibt nicht mehr viel Raum für den Rest der Welt. Auch das ist ein Szenario, das plausibel ist.

Wie es in Zukunft tatsächlich sein wird, können wir jetzt nicht wissen. „Sicherheit neu denken“ beschreibt jedoch eine Welt, die mehr an die 1980-er oder 1990-er Jahre erinnert, als Deutschland und Russland im Vergleich zu anderen Staaten wirtschaftlich und demografisch noch bedeutender waren, als sie es heute sind. Eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Russland alleine wird jedenfalls für die Zukunft nicht ausreichen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich lehne den Text nicht vollkommen ab. Ich teile jedoch nicht die Begeisterung, die manche – auch in der DFG-VK – angesichts dieses Texts an den Tag legen.

Wir sollten „Sicherheit neu denken“ zum Anlass nehmen, weitere Szenarien, die es bereits gibt, in unsere Überlegungen und Handlungsstrategien einzubeziehen, denn tatsächlich brauchen wir dringend wieder ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept, das uns in die richtige Richtung führt und über das in der Gesellschaft ein breiter Konsens besteht.

Christoph Neeb ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und Bundeskassierer der DFG-VK. Auf seiner Sitzung Anfang März wird sich der DFG-VK-Bundesausschuss ausführlich mit „Sicherheit neu denken“ beschäftigen. <<

Die faschistische Gefahr wird entpolitisiert

Besprechung des Films „Wintermärchen“, der am 21. März in den Kinos startet

Von Cornelia Mannewitz

Technisch liegt der Film ohne Zweifel im Trend: Handkamera, ungefilterter Ton bis hin zur akustischen Unverständlichkeit des Gesprochenen, wirklichkeitsnahe Drehorte, ein Mix aus erfahrenen und neuen Schauspielern. Und konzeptionell? Leider ebenfalls: sehr freie Anlehnung an brisante Tatsachen (hier: die Morde des NSU), Psychologie und Kulturologie statt historischer und politischer Analyse.

Inhalt: Tommi und Becky leben in bescheidenen Verhältnissen, lernen schießen und machen sich über Ausländer lustig. Als auch noch Maik hinzukommt, wagen sie ihre ersten Morde. Nachdem sie sich im Karneval (der Film spielt in Köln) verquatscht haben, tauchen sie unter. Inzwischen hat aber jemand die Polizei auf sie angesetzt, und am Morgen nach einem „flotten Dreier“ werden sie abgeführt. Das Ganze dauert über zwei Stunden.

In dieser Zeit sind die drei, immer unter Erfolgsdruck, damit beschäftigt, einander ihre Unzulänglichkeit vorzuhalten – in Ermangelung von Argumenten mit hysterischem Geschrei und Sex. Sex hat hier viele Funktionen: Frustabbau, Imponiergehabe, Unterwerfungsgeste, Belohnung, Droge. Liebe nicht. Das kapiert man schnell. Der Regie geht aber, wohl vor lauter Faszination, das Zeitgefühl verloren. Jede Bettszene wird voll ausge-

spielt. Heraus kommt etwas für Leute, die nur interessiert, wie es beim NSU im Schlafzimmer aussah. Es ist langweilig.

Vor allem aber ist der Film ein weiterer Beitrag zur Entpolitisierung des Themas faschistische Gefahr. Man muss nicht rechts werden, wenn man unglücklich ist und in der Platte wohnt. Man muss nicht, wie im Film, jemanden brüllend mit dem Feuerlöscher erschlagen. Im Gegenteil: Rechtes Gedanken „gut“ kann seelenruhig am Schreibtisch der heimischen Villa entwickelt werden, und töten kann man ohne Gefühlsaufwallung. Brave Familienmenschen haben den Massenmord der deutschen Faschisten an den Juden exekutiert – kein Problem, wenn die Ideologie stimmte.

Ärgerlich sind auch einige Assoziationsfallen: „Deutschland. Ein Wintermärchen“ von Heinrich Heine, Tom und Becky aus „Die Abenteuer des Tom Sawyer“ von Mark Twain und besonders der über den Abspann geflüsterte Text des Ärzte-Songs „Schrei nach Liebe“ („... deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit ...“) von

1993. Der reichte damals, um ein paar dumpfbackigen Nazis ihren Platz anzuweisen. Heute, angesichts der intellektuellen Neuen Rechten, der wachsenden Zahl sogenannter populistischer Regierungen und der AfD im Bundestag, reicht so etwas nicht mehr. Tucholsky riet 1931 (in „Rosen auf den Weg gestreut“) zum Thema liebebedürftige Nazis: Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft!



„Wintermärchen“, D 2018; mit: Jean-Luc Bubern, Thomas Schubert, Ricarda Seifried; Regie: Jan Bonny; Produktion: Heimatfilm; gefördert durch: Film- und Medienstiftung NRW und Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien; deutscher Beitrag zum Locarno-Festival 2018; Filmpreis NRW für die Produzentin

Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. <<



Foto: Willi Reuter

Für die schönsten Wochen des Jahres...

So, mit Wohnmobil und Liegestuhl im Fleck-tarn-Design, steht die Bundeswehr mittlerweile bei Bildungsmessen, hier im bayerischen Maxhütte. Die örtliche DFG-VK-Gruppe protestierte gegen die Anwesenheit des Militärs auf der Messe.

„Mit Pauken und Trompeten“ für Frieden

Interview mit der DFG-VK- und *Lebenslaute*-Aktivistin Hedi Sauer-Gürth



Hedi, was hat klassische Musik mit Frieden zu tun?

Harmonien in Dur oder Moll zu spielen oder zu singen, dazu passend zum Thema ein Auftritt in Konzertkleidung ist nur an Unrechtsorten außergewöhnlich. Allein dies drückt Frieden aus. Wenn es um Tod geht wie z.B. beim Requiem von Mozart, dann kann das den Tod ausdrücken, so wie wir dies in Stuttgart zum Thema Drohnen gesungen haben. Denn von der US-Kommandozone „Africom“ in Stuttgart geht der Tod aus, weil dort Todeslisten von Menschen erstellt werden, die ohne Gerichtsverfahren durch Drohneinsätze getötet werden; diese Listen werden dann vom „Abschuss“ vom US-Präsident persönlich unterschrieben.

Wie entscheidet ihr, bei welcher Aktion Ihr Euch beteiligen wollt?

Zum Jahresbeginn treffen sich 20 bis 30 Menschen von den *Lebenslauten* mit Aktionsideen und sammeln die Anfragen, die an uns gestellt wurden. Günstig ist es, wenn es unter uns welche gibt, die für ein bestimmtes Thema „Feuer und Flamme“ oder persönlich betroffen sind. Dann entscheiden wir im Konsensverfahren zwischen einer Handvoll Aktionsmöglichkeiten. Das ist nicht einfach, weil die meisten Vorschläge wichtig und spannend sind. Manche Aktionsanfragen werden an Regionalgruppen weitergegeben.

Bei den Themen und Vorschlägen leiten uns bei der Entscheidung Kriterien wie Wichtigkeit, Aktualität, Unterstützung sowie Möglichkeit, wie dabei ziviler Ungehorsam geleistet werden kann. Bei unserer Entscheidungsfindung bleiben dann schließlich eine oder zwei Aktionsmöglichkeiten übrig.

Im Jahr 2013 haben wir dann sogar auch zwei Aktionen durchgeführt.

Seid ihr überwiegend zum Thema Frieden aktiv?

Ja, weil wir unsere Konzerte vor Waffenfabriken, Abschiebe-Flughäfen und Abschiebegefängnissen, vor Atomfabriken und Raketendepots, an Militärübungsplätzen, aber auch in Behörden machen, wo sich Geflüchtete melden sollen. Vergangenes Jahr wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz blockierend bespielt – also menschenbedrohende Orte. Durch Gesetzesübertretungen, die wir vorher ankündigen, suchen wir die politische Konfrontation. Wir wollen, dass diese Orte verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gelangen, indem wir mit unserem Widerstand, mit politischen und künstlerischen Mitteln, Präsenz zeigen.

Seit wann bist Du bei den *Lebenslauten* aktiv? Was hat Dich motiviert, dabei mitzumachen?

Meine erste Aktion war im Jahr 2012, wo die Waffenfabrik Heckler & Koch blockiert wurde. Vorher hatte ich von den *Lebenslauten* eigentlich noch nichts gewusst. Ich war zu der Zeit bei der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ aktiv, und da ich schon immer gerne singe u.a. auch in verschiedenen Chören, fand ich es besonders reizend, beides zu verbinden. Ansprechend war für mich dabei, dass im Konsens entschieden wurde, ein Verfahren, mit der ich auch in anderen Zusammenhängen arbeite bzw. umgehe.

Warum hast du Dich für dieses Engagement entschieden? Das ist ja zusätzlich zu dem, was du bereits

mannigfaltig in der und für die DFG-VK machst.

Für mich ist die Verbindung – gewaltfrei handeln, ziviler Ungehorsam, klassische Musik, gemeinsame Aktion, Unrechtsorte benennen – einmalig, eben nur bei den *Lebenslauten* möglich. Andererseits möchte ich die Arbeit in der DFG-VK mit den Aktionen der *Lebenslaute* verbinden – dies gelingt mir immer wieder, gerade weil ich über den Bundausschuss die Fäden spinnen kann.

Sind auch andere *Lebenslaute*-Mitglieder in der DFG-VK Mitglied und/oder dort aktiv?

Ja, einige der *Lebenslaute*-Menschen waren es früher, andere sind zur Zeit bei der DFG-VK ebenfalls aktiv.

Nach welchen Kriterien entscheidet Ihr, welche Stücke ihr bei welcher Aktion präsentiert?

Es bildet sich bei *Lebenslaute* sehr schnell eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Musikstücken beschäftigt. Beim Januartreffen werden Vorschläge gesammelt, die vielleicht zu dem Thema passen – die Arbeitsgruppe, meistens sind ProfimusikerInnen darunter – hört sich die Musik an, achtet auf den Text und macht dann einen Vorschlag, der im Groben zum



Einladungsflyer schon fertig ist. Wenn die Texte nicht passend sind, werden neue getextet und in den Notensatz gesetzt.

Wann, warum und von wem wurden die *Lebenslaute* gegründet?

Vor nunmehr 33 Jahren entstand die Idee von *Lebenslaute*. Eine ungewöhnliche, sehr kreative Fügung, die wir Wolfgang und Frieder Dehlinger und Rudolf Schmid verdanken. Der Name „*Lebenslaute*“ wurde von Uwe Painke geprägt, einem Mitarbeiter des Tübinger Friedensbüros.

Bei einer Gruppe von Blockade-Aktiven, die sich immer nach Silvester ein paar Tage zum Musizieren und Ausspannen trafen, entstand die Idee, die Zeit bis zur Räumung, statt still dazusitzen, zu nutzen, um Musik zu machen. Die Idee war auch, mit dem musikalischen Protest dem Zerstörenden etwas Lebensbejahendes, Grenzüberschreitendes entgegenzusetzen. Die Idee der Konzertblockade war geboren. Im Jahr 1986 fanden sich Menschen in Mutlangen die während der Blockaden sich mit Musik die Zeit verschönen wollten.

2019 bestehen die *Lebenslaute* nun 33 Jahre: Dazu wird es eine Dokumentation geben. Unter anderem gibt es für jedes Jahr einen Bericht und allgemeine Artikel – hoffentlich wird dieses Jahr das Buch erhältlich sein.

Was sind die Ziele der *Lebenslaute*?

Auf Unrechtsorte aufmerksam machen, nachhaltig Umdenken bewirken, langfristige Veränderungen und Frieden schaffen.

Lebenslaute machen nicht einfach nur Konzerte mit zivilem Ungehorsam und klassischer Musik an Unrechtsorten – bei uns steht die Pressearbeit im besonderen Fokus. Wir wollen, dass diese Unrechtsorte wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gelangen, indem wir mit unserem Widerstand, mit politischen und künstlerischen Mitteln Präsenz zeigen. Wir treten bewusst in Konzertkleidung auf.

Hedwig („Hedi“) Sauer-Gürth ist seit Langem aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen, Mitglied im baden-württembergischen LandessprecherInnenkreis, repräsentiert ihren Landesverband im DFG-VK-Bundesausschuss und ist



Vertreterin der DFG-VK bei der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ – und engagiert sich bei den *Lebenslauten* (<https://www.lebenslaute.net>).

Die Fragen zu diesem Engagement stellte *ZivilCourage*-Chefredakteur Stefan Philipp. Das Foto zeigt Hedi Sauer-Gürth in einer von ihr angefertigten Großpuppe, mit der sie vor einer Ausbildungsmesse in Mannheim, bei der die Bundeswehr auf „Nachsuchsjagd“ war, der antimilitaristische Blickfang war.

Wie viele Menschen sind bei den *Lebenslauten* aktiv?

Es gibt verschiedene Listen, wo wir *Lebenslaute*-Menschen intern für Aktionen ansprechen – jede Aktion wird örtlich und über die Homepage bundesweit beworben. Bei einer bundesweiten Aktion sind zwischen 70 und 100 Menschen aktiv, im Orchester, im Chor und bei der Aktionsunterstützung. Bei der bundesweiten Jahresaktion sind bis zu drei Konzerte geplant: ein Vorkonzert – dort ist der musikalische Höhepunkt und die Information in der Region. Eine Blockade; in Fällern, wo wir mehrere Tore blockieren und uns deshalb teilen müssen. Dabei geht es in erster Linie um zivilem Ungehorsam, es werden „kleine“ Stücke auf kleinen Bühnen gespielt. Ein Aktionskonzert findet nach der Blockade statt, hierfür laden wir öffentlich ein, es gibt meist eine behördliche Anmeldung.

Es gibt auch Regionalgruppen, die in Kleingruppen Aktionen, Konzerte oder sogar Blockaden durchführen. »



Foto: DFG-VK-Flensburg

Ein *Lebenslaute*-Konzert stärkt den antimilitaristischen Protest im schleswig-holsteinischen Jagel

» In unserm Netzwerk erreichen wir ca. 400 Menschen.

Welche Konzertaktion ist dir besonders in Erinnerung bzw. hat dich besonders berührt und warum? Was war das Besondere?

Ich kann mich nicht wirklich nur für eine Konzertaktion entscheiden denn jedes Thema hat unterschiedliche Schwerpunkte, jedes Bild, welches beim Aktionskonzert entsteht, drückt eine Einmaligkeit aus. Auch wenn wir zum Beispiel 2015 ein „Go in“ in den Kohletagebau Hambach mit wenig Publikum hatten, war das Bild von Chor und Orchester in der „Öde vor dem Riesenbagger“ eben einmalig.



Foto: Stefan Philipp

Klassische Musik vor dem Haupttor des Fliegerhorsts in Büchel

Oder 2017, da musizierten wir das Aktionskonzert vor den Toren des Fliegerhorstes Jagel, zuvor hatten wir acht Tore blockiert. Das *Lebenslaute*-Konzert war für die DFG-VK-Gruppe dort die bis dahin größte Aktion am Fliegerhorst Jagel, obwohl es an einem Werktag stattfand.

Wie sieht dein Engagement bei den *Lebenslauten* aus, spielst du ein Instrument?

Ich singe Sopran. Seit 2013 bin ich in der Vorbereitungsgruppe aktiv, innerhalb dieser bringe ich mich gerne bei den Organisationsaufgaben ein. Ich male sehr gerne, so gestalte ich passend für die Aktion jährlich mehrere Banner und organisiere während der Aktionswoche u.a. das Malen von Bannern.

Wenn die *Lebenslaute* bei einer Aktion mitmachen, dann kommen dabei ja viele Menschen zusammen, die nicht ständig miteinander musizieren. Und ihr seid ja wohl überwiegend keine professionellen MusikerInnen. Erfordert ein Aktionskonzert nicht eine intensive Probedphase? Wie organisiert Ihr das?

Lebenslaute hat bundesweit drei Termine. Im Januar treffen sich 20 bis 30 Personen und entscheiden über Thema, Ort und

Termin der bundesweiten Aktion. Das zweite Wochenende ist meistens im Mai oder Juni, dabei proben wir die Musikstücke, und es gibt einen Info-Teil, wozu wir Referenten und/oder Menschen der jeweiligen Bürgerinitiative einladen. Das dritte Treffen ist dann die Aktionswoche; während dieser Woche wird musikalisch geprobt, in Bezugsgruppen wird die Aktion im Detail besprochen und entschieden, intensiv läuft die Pressearbeit, die Aktionsunterstützung hat einen 20-Stunden-Tag. Trotz sehr intensivem Arbeiten von allen ist die Stimmung dabei sehr positiv.

Sind die *Lebenslaute*-MusikerInnen und -SängerInnen in „normalen“ Orchestern und Chören aktiv und wie kommt ihr politisches Engagement z.B. in einem Kirchenchor oder einem Sinfonieorchester an?

Die meisten *Lebenslaute*-MusikerInnen und -SängerInnen sind in „normalen“ Orchestern und Chören aktiv, manchmal gehen Menschen sogar in einen Chor, um z.B. das Mozart-Requiem zu üben. Wie das politische Engagement bei den anderen ankommt, ist sehr unterschiedlich. In meinem Chor wird es teilweise sehr positiv gesehen. „Das verändert doch nicht die Welt“, habe ich zwar auch schon vernommen, und doch möchte ich die Hoffnung niemals aufgeben.

Was plant ihr für dieses Jahr?

Unsere Sommeraktion 2019 findet statt am Erstaufnahmelager Nostorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern. Wir solidarisieren uns mit den Geflüchteten im Lager sowie „Pro Bleiberecht“ und anderen Unterstützer*innen. Mit ihnen fordern wir: „Schluss mit Isolation und Abschiebungen! Horst schließen!“ Aktionsvorbereitungs- und Probewochenende ist vom 14. bis 16. Juni in Waltershausen. Die Aktionstage in Nostorf-Horst sind dann vom 13. bis 19. August. Alle Informationen dazu gibt es auf unserer Homepage unter <https://www.lebenslaute.net/>

Gibt es vergleichbare Gruppen wie die *Lebenslaute* auch in anderen Ländern?

Manchmal beteiligen sich Menschen aus anderen Ländern an regionalen oder bundesweiten Aktionen, wir hatten auch mal für einige Jahre eine Dirigentin aus Österreich. Mir ist aber nicht bekannt, dass es anderswo so etwas wie unser Netzwerk *Lebenslaute* gibt.

Ihr habt euch beispielsweise in Büchel mit einem Konzert gegen die dort stationierten US-Atomwaffen und die sog. nukleare Teilhabe Deutschlands engagiert. Macht ihr dann auch bei Blockaden mit, sitzt ihr dann mit einer Violine oder einem Kontrabass vor dem Tor des Fliegerhorsts?

2013 hatten sich die *Lebenslaute* für zwei bundesweite Aktionen entschieden. In Berlin die Flüchtlingsorganisationen „Karawane“ und „The Voice“ mit einer Blockade des Bundesinnenministerium und Unterstützung des „Internationalen Tribunals gegen die Bundesrepublik Deutschland“.

Und eben in Büchel die Unterstützung der 24-Stundenmahnwache der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“. Wir von *Lebenslaute* waren bei der Büchel-Aktion im Vorfeld bei der Aktionserkundung sowie -planung und auch dem Aktionstraining eingebunden. Wir haben dann die 24-Stunden-Blockade mit einem Konzert gestartet. Anschließend waren wir am zweitgrößten Tor des Fliegerhorsts, und es kam niemand mehr rein. Nach 24 Stunden gab es noch einen musikalischen Abschluss.

Wie wirkt sich nach deiner Erfahrung euer Ansatz, klassische Musik mit dem Engagement für Frieden und gegen Krieg zu verbinden, auf die Gruppen, mit denen ihr eine Aktion gemeinsam macht, aus?

Ich habe meist Positives von den örtlichen Gruppen erfahren. Es ist uns wichtig, dass wir den örtlichen Widerstand unterstützen.

Spielt Kultur nach deiner Erfahrung in der Arbeit der Friedens- und Antikriegsbewegung eine Rolle – bzw. welche Art, welcher Aspekt von Kultur sollte welche Rolle spielen?

Meiner Meinung nach spielt Kultur in jeder Richtung eine Rolle, ob musikalisch oder durch Theaterstücke, durch Skulpturen oder Gebäudebaukunst. Schau ich in die Vergangenheit, so wurden kulturelle Zeichen zu Frieden als auch für Krieg geschaffen. Unser Leben ist von allem geprägt, wir selbst können in unserer Arbeit die Richtung zur Friedens- und Antikriegsbewegung zeigen durch Bild, Schrift und Tun.

Geht Gesellschaftsveränderung ohne kulturelle Rückbezüge bzw. welche Implikationen hat es, wenn man friedenspolitisches Engagement nicht nur „äußerlich“ versteht, sondern als Ziel von einer gesellschaftlichen Kultur des Friedens ausgeht?

Wir stehen vielseitig im Leben; die Vielfalt gibt uns die Möglichkeit des Respekts füreinander, aber auch, zu uns selbst zu finden. Nur im Einklang mit uns selbst können wir den Weg des Friedens gehen. Ich kann dabei auf Mahatma Gandhi verweisen, der sagte: „Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg“. Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen als Teil der Natur mit Verantwortung für alles Leben, dann schaffen wir das meiner Meinung nach nur mit friedenspolitischem Engagement in uns und nach außen. Daraus entsteht die gesellschaftliche Veränderung, die wir eben kulturell zum Ausdruck bringen. Wir bewirken durch kulturelle Darbietungen andererseits Nachdenken und Anregung zur Veränderung. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2019 im 46. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail uws@druckhaus-stil.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 21. Februar. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 31. März 2019.



lebenslaute



Global betrachtet

Rote und weiße Blüten: Warum internationale Debatten auch hier zählen!

Von David Scheuing

So wie es Aktivist*innen gut tut, von Ereignissen anderswo zu lesen, so sehr sollten uns auch Diskussionen in anderen Ländern nachdenklich machen können. Vielleicht sogar zum Umdenken bringen. Hier ein Anstoß. Ansonsten noch ein paar kurze Notizen zum allgemeinen Geschehen.

Warum rote Mohnblüten nicht pazifistisch sein können.

Es gibt viele im 20. und auch schon im 21. Jahrhundert sinnlos von Gewalt betroffene Menschen zu beweinen. Es mahnen die Millionen Toten in den großen Genoziden. Es mahnen die von Entmenschlichung, Kastration/Sterilisation, Vergewaltigung Betroffenen. Es mahnen die Millionen und Abermillionen Toten der großen Weltkriege. Auch diejenigen, die für ihre Überzeugung oder ihren Glauben in Lager, Gefängnisse, Straflager gesperrt wurden, die zum Dienst an der Waffe gezwungen wurden und dabei starben. Viele Menschen also, an die es zu erinnern gilt. Der Wunsch ist groß, dem gerecht werden zu wollen, die Gewalt und den Krieg mit einem Zeichen des Friedens zu erinnern und zu überwinden.

In den letzten Monaten ist mir aufgefallen, wie stark ein Symbol für diese Zwecke auch in Deutschland (neue Bekanntheit erlangt: die rote Mohnblüte. Von der gigantischen Installation und Themenwochen rund um den Königsplatz in München im November 2018, über Aktivist*innen, die mit roten Mohnblüten am Revers herum-

laufen, bis hin zu deutschen Friedensorganisationen und kirchlichen Friedensverbänden, die die rote Mohnblüte auf Broschüren verwenden, reicht die Bandbreite der Ausdrucksformen vom Gigantomantischen bis zum Mondänen.

Ich bin jedoch der Ansicht, dass die rote Mohnblüte kein pazifistisches und kein geeignetes Mittel der Erinnerung ist.

Die rote Mohnblüte („Red Poppy“) ist ein Symbol militaristischer und nationalistischer Erinnerungspolitik ei-

November begangen. Dieses Symbol dient allerdings nicht dem Ziel, „Krieg als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu ächten und „an der Überwindung aller Ursachen zu arbeiten“, die zu Kriegen führen können.

Die Geschichte der Mohnblüte geht auf ein berühmtes Gedicht zurück, das die blühenden Mohnfelder Flanderns zum Ort der Gräber vieler toter Soldaten des Ersten Weltkriegs erklärt – und nationalistisch, heroisch und loyal überformt. Die Toten fordern aus dem Grab heraus dazu auf, unbeding-

dingt an den Grund für das Handeln zu glauben, sonst könnten sie nicht schlafen. Klarer kann Kriegsführung nicht legitimiert werden – selbst die darin gestorbenen fordern Gefolgschaft. So heißt es: „Take up our quarrel with the foe; // To you from failing hands we throw // The torch; be yours to hold it high, // If ye break faith with us who die // We shall not sleep, though poppies grow // In Flanders' Fields.“ (In Flanders' Fields (1915) Lt Col John McCrae, 3. Strophe)

Die treibende Organisation hinter der roten Mohnblüte ist die „Royal British Legion“ ([https://www.britishlegion.org.uk/remembrance/how-we-re-](https://www.britishlegion.org.uk/remembrance/how-we-re-member/the-story-of-the-poppy/)

[member/the-story-of-the-poppy/](https://www.britishlegion.org.uk/remembrance/how-we-re-member/the-story-of-the-poppy/)). Die Veteranenorganisation der britischen Armee ist ironischerweise auch im gleichen Jahr wie die WRI 1921 gegründet worden. Ihr obliegt der nationale Auftrag, an die Toten der Kriege zu erinnern. Bis heute finanzieren große Waffenschmieden (wie Lockheed Martin) Erinnerungsevents im Rahmen der Remembrance Days. Die direkte



nes kolonialen Großreiches (Großbritannien). Die „Red Poppy“ ist das Zeichen, das geschaffen wurde, um der toten Soldaten des Ersten Weltkrieges zu gedenken. Die rote Mohnblüte ist das Symbol der staatlichen Erinnerung zum „Remembrance Day“, dem Tag der Erinnerung an die gefallenen britischen (!) Opfer des Ersten Weltkrieges. Dieser Tag wird jedes Jahr im

Verknüpfung des Symbols mit militärischen und militaristischen Akteuren ist klar und sichtbar.

Auch ganz der Münchner Installation (<https://www.niemalswieder.com>) vorausgreifend, inszenierte ein britischer Künstler 2014 den Tower of London mit einer gigantischen Installation von Mohnblumen – für die Patenschaften abgeschlossen werden konnten. Die Mohnblumen flossen aus den Schießscharten des Turms, eine Kritik an der bestehenden militaristischen Ordnung war weder möglich noch gewünscht (<https://www.theguardian.com/world/2014/nov/01/tower-of-london-poppies-interview>). Millionen von Zuschauer*innen kamen – und debattierten wenig. Es war eine machtvolle Demonstration dessen, wer Erinnerung wie bestimmen kann – bis hin zur königlichen Familie, die präsent war. Die billigeren Stoff-, Kunststoff- oder Keramikblumen haben es im britischen Alltag in die allgemeine Öffentlichkeit geschafft – eine andere Form des „Flagge zeigens“ - ja, ganz genau so! Stolz, britisch, militaristisch!

Die „Royal Legion“ zielt auf die breitere Gesellschaft und eine Weltgesellschaft. Überall im Commonwealth gibt es Feierlichkeiten, von Kanada bis Antigua und Neuseeland/Aotearoa. Selbst in den USA hat die National American Legion einen Poppy Day ausgerufen (<https://www.legion.org/poppyday/history>). 2018 nahm zum ersten Mal ein deutsches Staatsoberhaupt an den Feierlichkeiten in London teil – und trug die rote Mohnblüte. Schwer, das zwischen all den anderen Blüten anders zu machen – aber auch ein Zeichen (<https://www.tagesspiegel.de/politik/kranzniederlegung-am-cenotaph-steinmeier-zum-koeniglichen-weltkriegs-gedenken-in-london/23620352.html>).

Die Leitsätze der WRI wie auch der DFG-VK müssen uns dazu bringen, niemals eine rote Mohnblüte zu tragen. Aber es gibt auch eine Alternative – seit über 80 Jahren! Wir müssen kein neues Symbol schaffen, wir müssen keine neuen Kämpfe kämpfen, es ist sogar genauso bequem. Wir soll-

ten aber zuhören: Seit über 80 Jahren wehren sich Pazifistinnen und Antimilitarist*innen aus Großbritannien und dem Commonwealth gegen die nationalistische und militaristische Erinnerungspolitik. Ihr Symbol ist die weiße Mohnblüte.

Ich wünsche mir, dass wir friedliche und sichtbare Zeichen setzen, die der Normalisierung des Kriegsalltags entgegenstehen – ganz bewusst und gänzlich außerhalb der militaristischen Ordnung. Daher rufe ich auf, dass wir die weiße Mohnblüte tragen und zu unserem pazifistischen Symbol machen – auch in der internationalen Verantwortung und Solidarität mit all den Toten, die Kriegstreiberei und Nationalismus gefördert haben. Andere haben den Ruf schon aufgenommen (<https://wri-irg.org/en/node/41613>). Die weiße Mohnblüte ist ein transnationales Symbol der Friedensbewegung – lasst sie uns fördern!

Das heißt auch, dass wir in hiesigen Kontexten, Diskussionen, Kampagnen, Ausstellungen, u.ä. dringend und unbedingt darauf hinarbeiten müssen, dass es keine Solidarität für die rote Mohnblüte aus pazifistischen Kreisen gibt. Tretet bitte alle dafür ein, dass die weiße Mohnblüte dem Rad in die Speichen fallen will. Es beginnt mit einer Blüte – es werden viele werden!

Ein interessanter Gedanke, der mir noch zugetragen wurde, zum Schluß: Ganz ähnlich wie mit der roten Mohnblüte lief das auch vor einigen Jahrzehnten mit dem gelben Band „Yellow Ribbon“. Vormalig ein Zeichen US-amerikanischer Erinnerung an gefangene oder aktive Soldat*innen im Ausland ist dieses Abzeichen inzwischen gut in den internationalen Erinnerungsfundus integriert. Die Bundeswehr verwendet den Sticker zur Erinnerung an die Soldat*innen im Auslandseinsatz. Es gilt also, stark und bewusst ein anderes Zeichen zu setzen. Daher nochmals: für die weiße Mohnblüte!

Mehr Informationen und Bestellmöglichkeiten für die weiße Mohnblüte: <https://ppu.org.uk/remembrance-white-poppies>

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

Kurz notiert

Israel: Die Odyssee von Hilel Garmi und Adam Rafaelov durch das israelische Militärgefängnisssystem nimmt kein Ende. Im Dezember wurden die jungen Verweigerer zum jeweils siebten (!) Mal in Haft genommen. Mehr zum Fall: <https://www.wri-irg.org/en/programmes/rrtk/co-support-email/2018/release-conscientious-objectors-hilel-garmi-and-adam-rafaelov>

Türkei: Anfang Januar wurden Ermittlungen gegen den Verein der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei (Vred) eingeleitet. Angeblich wurden über die Homepage „provokative Meldungen verbreitet (...) mit der Absicht, die Erfüllung der Militärdienstpflicht zu verhindern“. Auf Argumente, dass dies verfassungsgemäßes Recht sei und dies durch Urteile des Menschenengerichtshofs bestätigt sei, ging die Staatsanwaltschaft nicht ein. Der Fall geht weiter. Bericht: <https://de.connection-ev.org/article-2761>

Südkorea: Nach der historischen Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung durch den Obersten Gerichtshof »

letzten November (siehe *ZivilCourage* 6/2018), hat das Justizministerium angekündigt, 58 Kriegsdienstverweigerer aus dem Gefängnis zu entlassen. Der Erfolg ist dennoch bitter, da die Verweigerer trotzdem gemeinnützige Arbeit zu verrichten haben werden; zudem wird offenkundig nur die „wirkliche Gewissensentscheidung“ auf der Basis unklarer Kriterien zugelassen; drittens ist noch vollkommen offen, ob die politischen und sozialen Rechte der Verweigerer wieder hergestellt werden. Mehr: <https://de.connection-ev.org/article:suedkorea-58-kriegsdienstverweigerer-werden-aus-dem-gefaengnis-entlassen>.

HSBC disinvestiert: Die HSBC hat angekündigt, sich aus den Geschäften mit Elbit Systems, einer israelischen Waffenschmiede, zurückzuziehen. Dies ist ein Erfolg einer langjähri-

gen Lobbykampagne gegen die Bank. Bericht: <https://www.wri-irg.org/en/story/2019/hsbc-divests-elbit-systems>

Kolumbien: Die Chancen und Risiken hinter dem neuen Kriegspflichtgesetz in Kolumbien und seine Auswirkungen auf die Verweigerer*innen im Land wurde bei einem Forum einer Reihe lokaler pazifistischer und antimilitaristischer Gruppen diskutiert. Dass das Recht auf Verweigerung grundsätzlich und auch zunehmend in der Praxis anerkannt wird, begrüßten die Aktivist*innen. Allerdings scheinen die Entscheidungen und die Prozeduren bislang weder transparent noch unbedingt nachvollziehbar zu sein. Erst einmal ein ermutigendes Zeichen für die Internationale Versammlung der WRI in Kolumbien in diesem Jahr. Mehr: <https://www.wri-irg.org/en/story/2018/conscien>

[tious-objection-forum-colombia-one-year-after-new-recruitment-law](https://www.wri-irg.org/en/story/2018/conscientious-objection-forum-colombia-one-year-after-new-recruitment-law)

United Nations: Die WRI hat bei der OHCHR einen Bericht über gute Praxis und bleibende Herausforderungen bei der weltweiten Anerkennung von Kriegsdienstgegner*innen eingereicht. Dieser Bericht fließt in den Bericht des OHCHR an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Juni diesen Jahres ein. Ziel des Berichtes ist es, auf der Ebene der internationalen Diplomatie eine nachhaltige Änderung der Verweigerungsrechte zu erreichen. Auch die DFG-VK lieferte Daten an WRI für die Zusammenstellung des Berichtes. Der endgültige Bericht kann hier gefunden werden: https://www.wri-irg.org/sites/default/files/public_files/2018-12/wri_-_ohchr_submission_-_december_2018.pdf <<

Misstände und Lichtblicke

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung in Aktion

Von Guido Grünewald

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (*Ebco* = *European Bureau for Conscientious Objecti-on*) entstand 1979 auf Initiative von Hein van Wijk, Gerd Greune, Jean van Lierde und Sam Biesemans, um das Recht auf KDV vor allem in den europäischen Institutionen zu fördern und das Recht auf Asyl für verfolgte KD-Ver einzufordern. Ursprünglich eine Dachorganisation nationaler KDV-Organisationen, fungiert *Ebco* heute faktisch als ein Netzwerk engagierter Einzelpersonen, die allerdings zum größten Teil in nationalen Organisationen verankert sind.

Die Aktivitäten von *Ebco* sind selten spektakulär und bestehen hauptsächlich aus Lobbytätigkeit, Stellungnahmen für europäische und internationale Gremien sowie der Unterstützung einzelner Verweigerer in einem Asylverfahren oder beim Klageweg durch die Instanzen bis zum Europäischen Menschenengerichtshof.

Ein wichtiger Beitrag ist der jährliche Bericht zur Lage der KDV in Europa. Der Jahresbericht 2018 ist auf der *Ebco*-Webseite www.ebco-beoc.org abrufbar. *Ebco*-Präsident Friedhelm Schneider von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) be-

klagt darin das Versagen der europäischen Institutionen wie Europarat und EU, die seit einigen Jahren jeden Einsatz zugunsten diskriminierter und verfolgter Verweigerer vermissen lassen. Anlässe gäbe es genug:

- Aserbaidshans hat das beim Beitritt zum Europarat 2001 gegebene Versprechen, ein europäisches Standards entsprechendes Zivildienstgesetz zu verabschieden, nicht verwirklicht.
- In der Türkei ist das Urteil des Europäischen Menschenengerichtshofs zugunsten von Osman Murat Ülke bis heute nicht umgesetzt. Gegen die stellvertretende Vorsitzende des Ver-

eins der Kriegsdienstverweigerer (VR-DER) laufen staatsanwaltliche Untersuchungen wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ (Merve Arkun hatte am 15. Mai 2016 – internationaler Tag der KDV – eine Erklärung verlesen, in der zum Schutz des Tahir Elci Stadtwalds im kurdischen Diyarbakir gegen die in der Region durchgeführten Militäroperationen aufgerufen wurde); der Inhaber der Vereinswebseite wird beschuldigt, „provokative Meldungen verbreitet zu haben in der Absicht, die Erfüllung der Militärdienstpflicht zu verhindern“.

- In der Ukraine sowie den selbsternannten Republiken Luhansk und Donezk werden Verweigerer und alle Kriegsgegner verfolgt.
- In Russland sind seit April 2017 die Zeugen Jehovas als „extremistische Organisation“ verboten, deren Mitglieder bislang den Großteil der Absolventen des staatlichen Zivildienstes stellten.
- Griechenland hat die diskriminierende KDV-Gesetzgebung bisher nicht revidiert. Vor diesem Hintergrund ist es besonders enttäuschend, dass die

EU-Grundrechteagentur *Ebco* gegenüber erklärt hat, sie sei für den Schutz des Rechts auf KDV nicht zuständig; hier besteht dringender Klärungsbedarf.

Ungeachtet dieser Misstände gibt es auch Lichtblicke und Erfolge:

- Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte hat im Oktober 2018 eine Klage von Euromil, dem Dachverband militärischer Berufsverbände, gegen Irland für zulässig erklärt. Es geht darum, eine gesetzliche Bestimmung einzuführen, nach der Berufssoldaten die Armee verlassen können, wenn sie den Kriegsdienst verweigern.
- Das Europäische Jugendforum, eine Plattform der nationalen Jugendvertretungen und internationaler Jugendverbände in Europa mit offiziell-

lem Status bei EU, Europarat und den Vereinten Nationen, hat auf *Ebco*-Initiative im November 2018 erstmals eine Resolution zum Recht auf KDV verabschiedet, in der die Mitgliedsorganisationen u.a. aufgefordert werden, das Recht auf KDV als ein Jugendrecht zu fördern.

- Auf UN-Ebene hat der UN-Menschenrechtskommissar in einem Bericht über Jugend- und Menschenrechte bedauert, dass „einige Staaten das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen praktisch nicht anerkennen oder nur eingeschränkt umsetzen“.



Inhaftierung des Kriegsdienstverweigerer Halil Karapaşaoğlu in Nikosia

- In Umsetzung eines Beschlusses des Menschenrechtsrats arbeitet das Menschenrechtskommissariat aktuell an einem Bericht über verschiedene Herangehensweisen und Herausforderungen mit Blick auf ein menschenrechtskonformes Anerkennungsverfahren für KDVer.

Ein unerwarteter Erfolg zeichnet sich aktuell auf Nordzypern ab. In der von der Türkei besetzten und international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern liegt seit dem 7. Januar ein Gesetzentwurf zur KDV vor, über den das Parlament im Februar berät. Seit 2009 haben bisher vier Männer die verpflichtenden jährlichen Wehrübungen verweigert; die Klage von *Ebco*-Vorstandsmitglied Murat Kanatli gegen seine Gefängnisstrafe aus dem Jahr 2009 ist vor dem Eu-

ropäischen Menschengenrichtshof anhängig.

Am 3. Januar wurde der bekannte Dichter Halil Karapaşaoğlu vom Militärgericht in Nikosia wegen vier verweigerter Reserveübungen zu 2000 Türkischen Lira Geldstrafe (ca. 335 Euro) bzw. 20 Tage Gefängnis verurteilt. Der Prozess erregte in beiden Teilen Zypern großes Aufsehen; die Initiative für Kriegsdienstverweigerung in Zypern und *Ebco*-Beobachter Derek Brett fanden in den Medien ausführlich Gehör.

Halil Karapaşaoğlu trat am 15. Januar seine Haftstrafe an und wurde

drei Tage später freigelassen. Das Berufungsgericht urteilte, mit dem Gesetzentwurf seien strafmildernde Umstände eingetreten und reduzierte die Strafe auf drei Tage.

Der Gesetzentwurf ist aus Sicht der zyprischen Verweigerer durchaus akzeptabel. Positivpunkte sind u.a.: ein Zivildienst von gleicher Dauer; Recht auf KDV für alle Motivationen, Soldaten und Reservisten sowie auch im Kriegs- oder Ausnahmezustand; Aufhebung der bisherigen Verurteilungen. Problematisch sind vor allem das Anerkennungsverfahren und die Ausgestaltung des Zivildienstes.

Hier wollen die zyprischen KDVer im Beratungsprozess noch Einfluss nehmen.

Guido Grünwald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. <<

PazifistInnen denken konstruktiv

Wichtige Anstöße für die friedensethische Diskussion in und außerhalb der Kirchen

Von Ulrich Frey

Christenmenschen und ihre Kirchen tappen in kritischen gewaltgeneigten Situationen schnell in die Verfügbarkeitsfalle, dass nämlich staatliche militärische Gewalt vorhanden ist und durch ihren Einsatz zumindest Entlastung, wenn nicht gar Befreiung verspricht. Der „Mythos der erlösenden Gewalt“ (Walter Wink) lockt. Die „Lehre vom gerechten Krieg“ sollte Waffengänge zwischen Staaten eigentlich verhindern. Sie scheiterte in zwei Weltkriegen. Die Ökumene der christlichen Kirchen gebar das „Leitbild vom gerechten Frieden“, das friedentheologisch und friedensethisch weithin anerkannt ist. Es begründet als prima ratio die „Option für die Gewaltfreiheit“ oder den „Vorrang der Gewaltfreiheit“, was militärische Gewalt als ultima ratio und als einen Grenzfall einschließt. Theodor Ziegler stellt die friedensethische Frage auf den 426 Seiten seines Buches grundsätzlicher: Muss nicht die Gewaltfreiheit ausschließlich gelten? (S. 33) Damit stärkt er den Trend in der friedensethischen Diskussion, die ultima ratio militärischer Gewalt zu überwinden.

Theodor Ziegler, Lehrbeauftragter an der Evang. Hochschule Freiburg und Mitglied im Leitungskreis des Forum Friedensethik in der Evang. Landeskirche in Baden, erfahren in der kirchlichen Jugendarbeit, in der Seelsorge für KDVer und ZDL sowie im Religionsunterricht, außerdem langjähriges Mitglied in der DFG-VK, hat im Rahmen seiner Dissertation fünfzehn PazifistInnen zu ihren Motivationen und Alternativentwürfen befragt und die Ergebnisse in zehn Hauptthesen zu Merkmalen einer christlich-pazifistischen Einstellung für die schulische Friedensbildung im Religionsunterricht der Kursstufe verdichtet.

Gesprächspartner von Ziegler waren Harald Bretschneider, Eugen Drewermann, Theodor Ebert, Fernando Enns, Ute Finckh-Krämer, Albert Fuchs, Hans Häselbarth, Ullrich Hahn, Ullrich Lochmann, Stefan Maaß, Paul Oestreicher, Ulrich Parzany, Paul Russmann, Horst Scheffler und Markus Weingardt. Seine unmittelbaren Zielgruppen sind die SchülerInnen der Mittel- und der Oberstufe und die dort unterrichtenden Lehrkräfte. Mittelbar sind jedoch alle angesprochen, die an der Überwindung und Verminderung von Gewalt arbeiten.

Die Dissertation gliedert sich inhaltlich in fünf Teile: 1. Einleitung, 2. Theorieteil (Grundbegriffe und Grundfragen der Friedensforschung und Friedensarbeit in religionspädagogischer Hinsicht), 3. empirischer Forschungsteil – Methodologie, 4. Empirischer Forschungsteil – Qualitative Inhaltsanalyse der ExpertInnen-Interviews (Motivationen für eine christlich-pazifistische Einstellung, Alternativen, Realisierungsvorstellungen, Beitrag der Kirchen, Anregungen für die Pädagogik/Didaktik, Begriff „Pazifismus“, Merkmale einer christlich-pazifistischen Einstellung), 5. Schlussteil: Reflexion einiger grundlegender Fragen und Fazit.

Um die „einschlägigen Erfahrungen von christlich-pazifistisch eingestellten Persönlichkeiten als Basis einer Theoriebildung für die friedensethische Befassung im Religionsunterricht“ zu untersuchen, nutzte Ziegler die qualitative Form der empirischen Sozialforschung. Von der Erforschung der Grundlagen gelangte er induktiv zur Theorie. Die Befragung der ExpertInnen orientierte sich an den Standards einer anwendungsfallbezogenen Variante des Leitfadenterviews (S. 64). Er stellte den Ex-



Theodor Ziegler: Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten – Die vorrangige Option der Gewaltfreiheit im Religionsunterricht der Kursstufe. V&R unipress, Göttingen 2018; 426 Seiten; Printausgabe: 50 Euro, e-book: 39,99 Euro

pertInnen sechs Fragen, u.a. zu Friedensbildung und Friedenserziehung. Aus den daraus gewonnenen 84 Thesen wurden zum Schluss der Inhaltsanalyse als Grundlage für eine religionsdidaktische Theorieentwicklung zehn Hauptthesen gebildet, und zwar zu Motivationen und Alternativvorstellungen, zu Folgerungen für die Realisierung, zu den Aufgaben der Kirchen, zu Anregungen für die Pädagogik und zum Begriff „Pazifismus“ (S. 86).

Die Forschungsfragen der religionspädagogischen Arbeit sind: Wie lässt sich eine christlich-pazifistische Einstellung theologisch, religionspädagogisch und ethisch begründen? Welche Perspektiven eröffnet sie und wie lassen diese sich realisieren? Welche Grundfragen und Probleme sind damit verbunden und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Befassung im Religionsunterricht der Oberstufe? (S. 75). Das sind Fragen zur Bildung für den Frieden. Ziegler versteht die Friedensbildung als „eine wesentliche Dimension des Bildungshandelns“ (S. 369). Mit Volker Ladenthin definiert er Bildung als „die Fähigkeit zum selbstbestimmten sachlich angemessenen und sittlich gültigen Handeln in und mit der natürlichen und kulturellen Welt und mit anderen Menschen unter dem Anspruch eines sinnvoll gelingenden Lebens“ (S. 369). Als „Konflikt“ bezeich-

net er mit Bonacker und Imbusch als die „Phase in einem Kontinuum (z.B. Ausgangspunkt oder aber als Resultat und Endpunkt sozialer Prozesse), als Mittel oder Zweck“ (S. 42). Für die Realisierung von Alternativentwürfen zur Friedensbildung sind nach Ziegler vier Analyseebenen wichtig: die Ebenen a) der intrapersonalen Konflikte eines Individuums, b) der interpersonalen Konflikte, c) der innergesellschaftlichen und d) der internationalen Konflikte (S. 44). „Gewalt“ versteht Ziegler nach Johan Galtung als das Dreieck von personaler (direkter), struktureller und kultureller Gewalt (S. 47).

Antworten auf die Forschungsfragen geben die aus den Interviews und den 84 Teilthesen gewonnenen zehn Hauptthesen (S. 360 ff.).

Hauptthesen zur Motivation für Pazifismus:

1. „Aus eigenen und vermittelten Kriegserfahrungen gilt es, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen“. Das betrifft also die eigene Biographie oder die anderer.

2. Aus dem christlichen Glauben folgt: „Die Gewaltfreiheit gehört zum Wesenskern des in Jesus Christus geoffenbarten Gottes. Sie inspiriert das Bemühen um lebensförderliche Handlungsalternativen zur Gewalt in allen Lebensbereichen, auch auf der politischen Konfliktebene.“

3. Daraus ergibt sich Militärkritik: „Militärische Gewaltpotenziale, insbesondere im Zeitalter der ABC-Waffen, stehen einer friedlichen internationalen Konfliktkultur sowie einem an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und an dem zivilgesellschaftlichen partizipativen Modell von Demokratie orientierten Wertekodex prinzipiell entgegen und bedürfen der Überwindung.“

Hauptthesen zu pazifistischen Alternativentwürfen:

4. Utopien sind notwendig. „Insbesondere aus der Erkenntnis, dass die Überwindung des Krieges zur Überlebensbedingung der Menschheit geworden ist, erwächst das Interesse an

Visionen einer friedlichen Welt, an deren Beschreibung in Utopien sowie an der Entwicklung entsprechender Umsetzungsstrategien für eine gewaltfreie internationale Konfliktkultur.“

5. Arbeit an den Friedensursachen ist notwendig: „Der Aufbau einer gewaltfreien Außen- und Sicherheitspolitik ist unlösbar mit der Schaffung gerechter Lebens- und Handelsbedingungen verbunden“, außerdem an einem an Suffizienz ausgerichteten Konsumverhalten, an einer nachhaltigen Produktion und einem fairen Welthandel.

6. Ansatzpunkte für eine friedliche Welt sind möglich: Förderung von Rechtsstaatlichkeit durch demokratische Bildung und Menschenrechte, auch auf globaler Ebene (Weltinnenpolitik), Einsatz von professionellen Fachkräften für zivile Konfliktbearbeitung und breite Bewusstseinsbildung der Bevölkerung durch gewaltfreie Alphabetisierung.

Hauptthese zu den Realisierungswegen:

7. Schritte zur Entmilitarisierung sind: der „Auf- und Ausbau ehrenamtlicher und professioneller ziviler Konfliktbearbeitung, auch in staatlichem Auftrag“; „Abbau von Kriegsursachen durch notlindernde Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Handelsstrukturen“; „Abbau des Militärs, Beendigung von Rüstungsproduktion und -export und Austritt aus Militärbündnissen“; „innergesellschaftliche Minimierung von struktureller Gewalt und Maximierung friedenslogischer Denkschemata.“

8. Hauptthese zur Rolle der Kirchen

Die Kirchen haben eine zentrale Rolle dabei, Gewaltfreiheit, Friedenstiften und Versöhnungsbereitschaft zu verbreiten. Sie können in Konflikten vermitteln, auch auf der interreligiösen Ebene. „Die behauptete ‚Vorrangigkeit der gewaltfreien Option‘ ist eine zu schwache friedensethische Forderung, weil sie ... die militärische Option impliziert.“ Die „Verurteilung von Kriegen als Sünde wider Gott ... reicht

nicht aus“, ohne gleichzeitig „die Vorkhaltung oder Androhung militärischer Gewaltpotenziale“ auszuschließen.

9. Hauptthese zu Anregungen für die Pädagogik/Didaktik

„Die für eine gewaltfreie Haltung konstitutiven Kenntnisse und Kompetenzen können im Religionsunterricht mittels einer breiten, spiralkurricular angelegten Friedensbildung gefördert werden. ...“ Sehr bedeutsam ist die professionelle Fach- und Methodenkompetenz der Religionslehrkräfte und der Berücksichtigung von Friedensbildung in der Ausbildung.

10. Hauptthese zum Begriff „Pazifismus“

Die „klare Ansage in Bezug auf die Ablehnung jedweder militärischen Institutionen.“ Deshalb wird er „systemübergreifend politisch verfolgt und teils auch volksskirchlich“ abgelehnt.

Das Buch bereichert die religionspädagogische Literatur um ein profiliertes, thematisch auf die Gewaltfreiheit zugespitztes Werk. Die Antworten, die Ziegler durch die Interviews auf seine Forschungsfragen erhalten hat, sind nicht nur für den Religionsunterricht bedeutsam. Sie gelten auch für die aktuelle Diskussion zu Friedenstheologie und Friedensethik in den evangelischen Kirchen in Bezug auf die 2019 in Dresden bevorstehende Synode der EKD zum Thema „Frieden“ und das Denken und Argumentieren von Einzelnen, Gruppen in und außerhalb der verfassten Kirchen. Ziegler bereichert die Diskurse in der Friedenspädagogik durch eine klare pazifistisch begründete Stellungnahme. Deshalb ist seinem Buch nicht nur für den schulischen Religionsunterricht eine größere Verbreitung zu wünschen, sondern darüber hinaus auch bei allen friedensethologisch und friedensethisch interessierten Menschen.

Ulrich Frey war bis zu seinem Ruhestand 2000 fast drei Jahrzehnte Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden. <<

Der „Pietkong“ aus Frankfurt und die Kultur

Zum Abschied – mit 75 Jahren – von Thomas Epple aus der DFG-VK-Gruppenarbeit

Von Thomas Carl Schwoerer



Foto: Gerald Baatz

„Achtung Kunstwerke!“. Glückwunsch zum 75. Geburtstag

Jahrzehntelang war Thomas Epple in der DFG-VK-Gruppe Frankfurt am Main aktiv, wenn er auch schon länger aus Verärgerung über einen früheren Bundesvorstand nicht mehr Mitglied bleiben wollte. Nun hat er sich mit 75 Jahren aus der aktiven Gruppenarbeit verabschiedet. Thomas Carl Schwoerer, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und selbst Mitglied der Frankfurter Gruppe, hielt dem gebürtigen Schwaben Anfang Dezember die „Abschieds“rede:

Lieber Thomas, seit Jahrzehnten arbeiten wir gut zusammen, bei einem hohen Maß an inhaltlicher Übereinstimmung und Vertrauen. Ich ken-

ne dich als Marktwirtschaftler und prinzipienfesten Freund, der energisch für die Werte des Politischen Pazifismus, der liberalen Meinungsfreiheit und der Toleranz eintritt. Diese Werte hast du, wenn's darauf ankam, auch als persönlichen Freundschaftsdienst vertreten. Außerdem habe ich schon früh von dir gelernt, Konflikte auszutragen und zu lösen. Du wiederum hast bei der DFG-VK gelernt, sachlich zu argumentieren.

Viele Jahre lang hast du unsere Abrechnungen für den Stadtjugendring gemacht, ohne die wir als Gruppe kaum lebensfähig wären. Und du bist weiterhin Kassierer für das Bildungswerk der DFG-VK Hessen. Auf dich konnten wir uns auch bei der Organisation politischer Aktionen verlassen – etwa gegen die Golfkriege, bei „Soldaten sind Mörder“, „Bundesrepublik ohne Armee“ und vielem mehr. Als junger Mensch warst du vier Jahre lang im pietistischen Internat. Dein schwäbisches Pflichtgefühl und dein ausgeprägtes Freiheitsbedürfnis – du warst früher Hippy und unternimmst schon immer lange Reisen ins Ausland – gehen eine spannende Verbindung ein.

Du bist belesen und kenntnisreich in Politik, Literatur und Kunst und verfügst spätestens seit deinen Berufsjahren bei Rosenthal über ein ausgeprägtes ästhetisches Urteilsvermögen. Auch das macht das Zusammensein mit dir anregend. Du hast legendäre Kunstreisen zu den Documentas und ins Museum für Moderne Kunst sowie Literaturseminare über Karl Kraus und Christa Wolfs Cassandra

organisiert, im Kampf gegen das Kulturbanausentum in der Friedensbewegung.

Zugleich warst du dir bei aller Kopfarbeit nicht zu schade, immer wieder unser Büro in der Mühlgasse aufzuräumen, zu streichen und auch zu putzen. Du bist eben zupackend, auch als Maler, der für viele Freunde Renovierungen mit großer Sorgfalt und Perfektionismus durchgeführt hat. Immer wieder bist du sorgenvoll und intervenierend, wenn nach deinem Empfinden etwas schief läuft, aber auch anerkennend. So hast du die vorletzte *ZivilCourage* und den positiven Einfluss der jungen Leute darauf gewürdigt. Außerdem bist du extra nach Berlin zum letzten Bundeskongress gefahren, um aus erster Hand zu beobachten, wie es dem Verband geht. Und das, obwohl du schon lange kein Mitglied mehr bist wegen des Finanzgebarens eines früheren Bundesvorstands. Es ging um den Hauskauf in Velbert - seitdem kennen dich Aktive als „den Pietkong aus Frankfurt“. Für mich warst du beim Bundeskongress eine wichtige Unterstützung in einem kräftezehrenden Konflikt.

Lieber Thomas, wir danken dir sehr für alles, was du für uns getan und womit du unter Beweis gestellt hast, dass dir der Politische Pazifismus ein Lebensanliegen ist. Aber mit 75 hast du das Recht und nimmst es dir heraus, dich nicht mehr in der Frankfurter Gruppe dafür zu engagieren, allerdings weiterhin im Bildungswerk. Dennoch würden wir uns freuen, dich vielleicht wieder auf dem nächsten Bundeskongress vom 8. bis 10. November 2019 in Frankfurt zu sehen. Der Kater kann ja das Mäusen bekanntlich nicht ganz lassen. In jedem Fall wünschen wir dir alles erdenklich Gute für deine Zukunft und viel Lebensfreude. <<

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Meine letzte Kolumne begann ich mit einem Blick auf die Großdemonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss in den 1980er-Jahren – die ich aus Altersgründen nicht miterlebt habe. Nun haben Donald Trump und Vladimir Putin tatsächlich den INF-Vertrag gekündigt, der beiden Seiten den Besitz atomarer Kurz- und Mittelstreckenwaffen verbietet. Im August könnte der Vertrag endgültig aufgelöst werden. Und auf einmal überkommt mich – und, wie ich in Gesprächen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Verbands merkte, auch viele andere Menschen – ein komisches Gefühl: „Das könnte wirklich brenzlich werden ohne den Vertrag.“

Anfang Februar hatten wir noch schnell Aktionen zur Rettung des Vertrags vor den Vertretungen der USA und Russlands in Berlin, Frankfurt und Düsseldorf organisiert – Bilder davon waren in vielen (sogar internationalen) Medien zu sehen. Auch Lobbying – ein Gespräch in der russischen Botschaft und ein postalischer Austausch mit der US-Botschaft – fand statt sowie eine Brief-Protest-Aktion. Viele Menschen sind alarmiert und die Arbeit unserer Aktiven zum Erhalt des INF-Vertrags war – aus meiner Sicht – sehr gut.



Foto: Michael Schulze von Glaßer

Doch das ungute Gefühl wird erst verschwinden, wenn der INF-Vertrag gerettet – oder, noch viel besser, der

UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnet – ist. Und da dieses Gefühl viele Menschen haben und selbst Medien und Politiker der Regierungsparteien aktuell nach der Friedensbewegung rufen, sollten wir die Zeit bis zum endgültigen Vertragsende nutzen, um lautstark seinen Erhalt zu fordern. Vorschläge dafür habe ich an unsere Aktiven zu dem Thema und andere gegen Atomwaffen aktive Gruppen geschickt – hoffentlich gehen sie darauf ein und es wird ein „heißer Protestsommer“ gegen einen neuen „Kalten Krieg“.

So beunruhigend die aktuelle Situation ist, könnte sie auch zu einem Widererstarken der Friedensbewegung führen – ich bin froh für den Fall sich abzeichnender erfolgreicher Massendemonstrationen gegen Atomwaffenstationierungen viele erfahrene Menschen für solche Großaktionen in unserem Verband zu wissen. Denn – wie schon geschrieben – habe ich so etwas zu diesem Thema noch nie erlebt.

Unser Verband ist aber nicht nur gegen Atomwaffen aktiv, sondern zu vielen friedenspolitischen Themen aktiv: Gerade fand der „RedHandDay“, der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten statt. Dazu haben wir gemeinsam mit Kinderrechts- und Bildungsorganisationen in Berlin auf einer Pressekonferenz die Studie „Why 18 Matters“ über minderjährige Soldatinnen und Soldaten in Armeen veröffentlicht – mit einem Fokus natürlich auf die Situation in Deutschland. Seit 2011 hat die deutsche Armee über 11 500 Minderjährige an Waffen ausgebildet. Das muss sofort aufhören – und die Chancen dafür stehen aufgrund unseres andauernden Drucks nicht schlecht.

Bereits erfolgreich sind wir beim Thema „Rüstungsexporte“ – denn die

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



nach Saudi-Arabien wurden nach der noch immer ungeklärten Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi und unserem Druck vorerst eingestellt. Ohne die stetige Forderung nach einem Waffenexportstopp für das Land hätte die Bundesregierung dies sicher nicht erwogen. Und wir bleiben dran: Noch im Februar steht der Aktionstag unserer Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ an. Und auch die Aktionärsversammlungen von Rheinmetall und anderen Rüstungsfirmen laden wieder ein zum Protest und zu kritischen Nachfragen.

Neben der inhaltlichen Arbeit kommt natürlich auch nicht die innerhalb des Verbands zu kurz: Die Vorbereitungen für den Bundeskongress im November in Frankfurt am Main laufen auf Hochtouren – viele Referentinnen und Referenten haben schon zugesagt, und auch die Live-Musik am Samstagabend ist bereits organisiert.

Daneben versuchen wir gerade, die internationale politische Arbeit unseres Verbands neu aufzustellen – Ende April schicken wir erstmals eine Delegation zu den Atomwaffen-Verhandlungen bei den Vereinten Nationen nach New York. Und auch die Medienarbeit unseres Verbands wird gerade heiß diskutiert und hoffentlich fortentwickelt.

Wir und unsere Antworten auf sicherheitspolitische Auseinandersetzungen sind gefragt. Und wir werden immer lauter: In den letzten Monaten haben sich gleich mehrere Ortsgruppen neu gegründet bzw. reaktiviert. Es gibt für uns – leider – auch viel zu tun: Packen wir's an! **<<**

Auf solider Basis in die Zukunft investieren

Interview mit dem DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb

Lass´ uns über Geld reden, Christoph. Wie viel ist in der DFG-VK-Kasse?

Das ändert sich dauernd. Geld kommt rein und wird ausgegeben. Wir erhalten ständig Überweisungen: Mitgliedsbeiträge, Spenden, Kostenerstattungen etc. Der größte Einnahmenposten sind die Mitgliedsbeiträge, die wir zum größten Teil vier Mal im Jahr einziehen.

Ich verfolge die Liquidität des Bundesverbands ständig, um immer gewährleisten zu können, dass alles richtig läuft und wir alles zahlen können. Um sehen zu können, wie die Finanzlage sich langfristig entwickelt noch bevor die Jahresabschlüsse erstellt sind, vergleiche ich die die Liquidität zu bestimmten Zeitpunkten miteinander, vor allem die Stände zum 31. Dezember. Die Liquidität zeigt, wie handlungsfähig wir als Bundesverband sind. Wir sind seit 2013 jedes Jahr etwas handlungsfähiger geworden. Nur zum 31.12.2017 war die Situation ein klein wenig besser als jetzt. Aber ich

bin optimistisch, dass sich unsere Situation weiterhin verbessert.

Wieviel Geld die DFG-VK insgesamt hat, kann niemand überschauen, da außer dem Bundesverband die anderen Gliederungen, also die Gruppen und die Landesverbände, einen Teil der Mitgliedsbeiträge erhalten und dann ihre gesamten Angelegenheiten selbst regeln, auch die Finanzen. Vereinsrechtlich gibt es nur eine einzige DFG-VK, steuerrechtlich und nach unserer Satzung sind die Gliederungen jedoch selbständig.

Wie ist dieser Verteilungsschlüssel?

Die Landesverbände erhalten 22 Prozent der Mitgliedsbeiträge, die Gruppen 33 Prozent. Der Rest bleibt beim Bundesverband.

Wieso erhält der Bundesverband den größten Anteil?

Weil es unser Bundeskongress so entschieden hat. Der Verteilungsschlüssel steht in Artikel 4 Abs. 3 unserer Finanzordnung, deren gegenwärtige Fassung der Bundeskongress 2017 beschlossen hat. In der Praxis hat sich diese Verteilung bewährt und alle Versuche, sie zu ändern, sind gescheitert.

Der Bundesverband beschäftigt einen Politischen Geschäftsführer, betreibt die Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart und übernimmt fast die gesamte Verwaltung der DFG-VK: Beitragseinzug, Beitragsverteilung, weil es rechtlich nicht anders geht auch die Einrichtung und Schließung von Bankkonten der Gliederungen. Der Bundesverband betreibt einen Materialversand und einen Verleih von Aktionsmaterial. Und der Bundesverband gibt die Verbandszeitschrift *ZivilCourage* heraus, d.h. er zahlt die Herstellungs- und Vertriebskosten

und beschäftigt eigens einen Redakteur dafür. Wir haben eine Homepage, einen Facebook-Auftritt, seit einiger Zeit versenden wir auch Newsletter per E-Mail, wir haben einen Instagram-Auftritt und sind auf Youtube vertreten.

Unsere Landesverbände sind nicht so groß, dass sie all diese genannten Aufgaben für ihren Bereich selbst übernehmen könnten.

Wie viel Geld hat der Bundesverband in diesem Jahr zur Verfügung?

Das hängt ab von der Entwicklung der Mitgliederzahl, der Bereitschaft zu spenden, der Entwicklung unserer Mieteinnahmen aus unserer Immobilie in Velbert und der Kostenentwicklung dort. Im Vorhinein kann man das nie so genau sagen. Die Einnahmen des Bundesverbands nach Abzug der Mitgliedsbeitragsanteile für die anderen Gliederungen bewegen sich in den letzten Jahren aber immer im Bereich von 300 000 Euro. So viel hat übrigens die Bundeswehr 2017 für Pizza-Werbekartons ausgegeben.

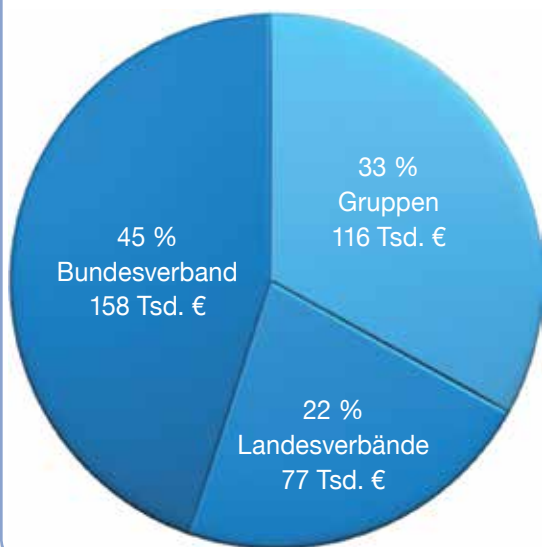
Ist das der Betrag, der sich aus der Verteilung der Mitgliedsbeiträge ergibt?

Ja, unter anderem. Hinzu kommen Spenden und die Einnahmen aus der Immobilie in Velbert.

Wie hat sich die Einnahmenseite in den letzten Jahren entwickelt?

Gut! Die Spendenbereitschaft ist gestiegen. Und neuerdings steigen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. 2017 lagen sie um rund 1 000 Euro höher als im Jahr davor. Und 2018 lagen sie wiederum rund 1 000 Euro höher als im Vorjahr. Das zeigt, dass die Zahl

Aufteilung der Mitgliedsbeiträge auf die DFG-VK-Gliederungen (Plan 2019)



der beitragszahlenden Mitglieder tatsächlich steigt, nicht nur in unserer Mitgliederstatistik. Auch wenn die Steigerung in absoluten Zahlen gesehen nicht groß erscheinen mag, halte ich es doch für bemerkenswert, weil in den Jahren davor die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, wenn man von Sondereffekten wie nachgeholten Erinnerungsschreiben absieht, immer gesunken sind. Jetzt sind wir mit Beitragserinnerungen auf Stand, und trotzdem steigen die Einnahmen. Es handelt sich dieses Mal also nicht um einen Sondereffekt.

Wir haben auch höhere Einnahmen aus der Vermietung in Velbert. Das resultiert aus Instandhaltungsmaßnahmen dort, die noch mein Vorgänger Bernd Baier in die Wege geleitet hatte.

Wer entscheidet, wie der Bundesverband sein Geld einsetzt? Der BundessprecherInnenkreis?

Nein, der Bundesausschuss, wenn er den Haushaltsplan beschließt. Der BundessprecherInnenkreis ist hier nur ausführendes Organ. Die Finanzkommission bereitet den Haushaltsplan vor. Der beste Weg für die Landesverbände, den Haushaltsplan zu beeinflussen, ist, Vertreter in die Finanzkommission zu entsenden.

Nach welchen Kriterien wird dort entschieden?

Der Bundesausschuss entscheidet selbst, nach welchen Kriterien er entscheiden will. Dabei ist er nur an die Satzung und an die Finanzordnung gebunden und, so es sie denn gibt, an Entscheidungen des Bundeskongresses.

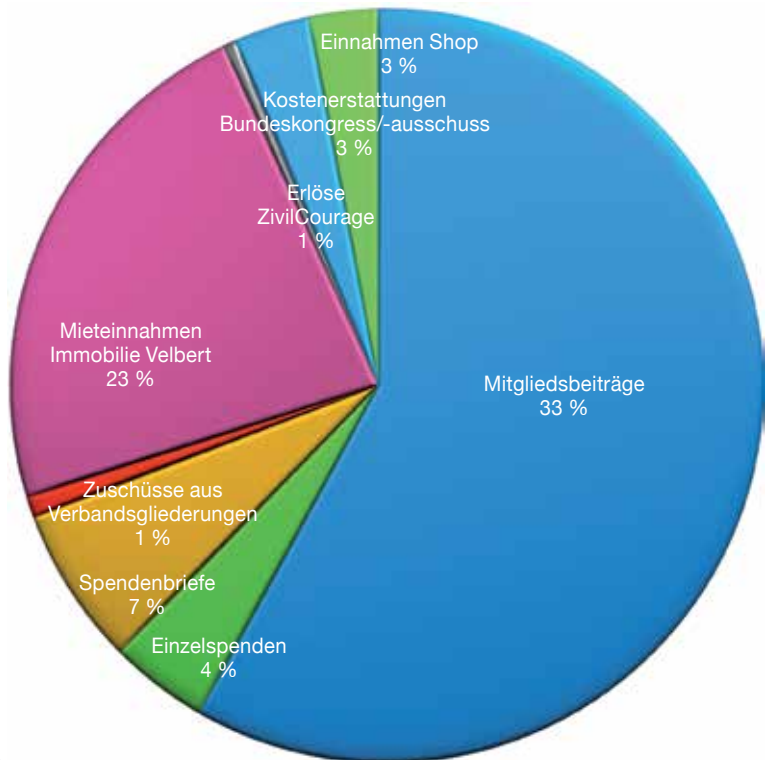
Ich als Bundeskassierer betrachte es nicht als meine Aufgabe, hier etwas vorzugeben. Mir geht es allenfalls um Wirtschaftlichkeit, was nicht mit Sparsamkeit zu verwechseln ist. Ich halte nichts von Sparen um jeden Preis. Aber das Geld sollte sinnvoll eingesetzt werden, nämlich so, dass der DFG-VK durch ihre Arbeit wiederum Mittel und Ressourcen zufließen, damit sie wirtschaftlich und damit auch politisch handlungsfähiger wird.

In den letzten Jahren haben wir an verschiedenen Stellen investiert. Wir haben zum Beispiel unseren Aktionsbulli angeschafft und sind dadurch sichtbarer geworden.

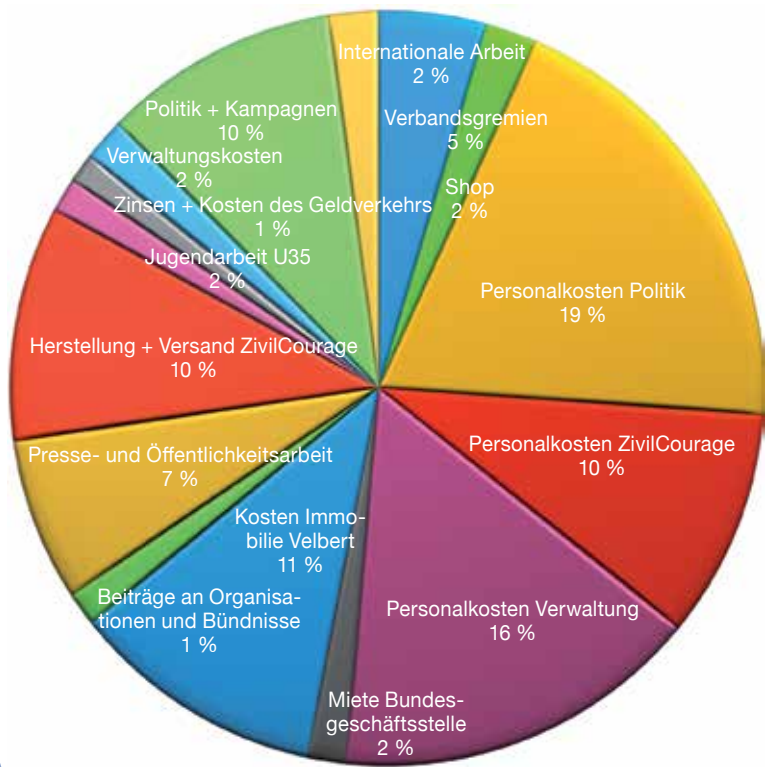
Der Bundesausschuss hat vor einigen Jahren entschieden, dass jeder finanzrelevante Antrag in seiner Begründung Aussagen dazu enthalten sollte, inwieweit die beantragte Ausgabe verbandsintern oder politisch relevant ist und zu welchem Nutzen im Bereich Mitgliederzuwachs, Strukturstärkung und Außenwahrnehmung sie führen soll.

Ich finde, wir versuchen hier richtigerweise aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Die Friedensbewegung insgesamt hat sich in der Vergangenheit zu oft personell und wirtschaftlich verausgabt, ohne vom Ende her zu denken. »

Einnahmen des DFG-VK-Bundesverbands (ohne Gruppen und Landesverbände; Ergebnis 2018)



Ausgaben des DFG-VK-Bundesverbands (ohne Gruppen und Landesverbände; Ergebnis 2018)



» Wo liegen die Schwerpunkte der Ausgaben?

Für den Bundesverband ganz klar im Bereich der Personalkosten. Das ist nicht zu vermeiden. Es ist aber auch nicht zu verwechseln mit Verwaltungskosten.

Wir haben einen Politischen Geschäftsführer, Michi Schulze von Glaßer, eine Mitarbeiterin in der Politischen Geschäftsführung, Kathi Müller, beide zusammen kommen auf etwas mehr als eine ganze Stelle, die ganz der politischen Arbeit dient; wir haben zwei Mitarbeiterinnen in der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart, Susanne Jallow und Susanne Bödecker, die zusammen ebenfalls auf etwas mehr als eine ganze Stelle kommen. Hier geht es um Verwaltung. Und wir haben eine halbe Stelle für den verantwortlichen Redakteur der *Zivilcourage*, Stefan Philipp. Auch diese Stelle können wir zur politischen Arbeit zählen. Und nicht zu vergessen: Wir haben jemanden, der sich – durch Spenden finanziert – um unser Vereinsfahrzeug, den Aktionsbulli, kümmert, Benno Malte Fuchs. Er kümmert sich auch darum, dass die Gliederungen den Bulli für ihre Aktionen nutzen können.

Die MitarbeiterInnen machen die DFG-VK handlungsfähig. Durch Ehrenamtliche alleine ist die politische Arbeit heute nicht zu schaffen. Welcher Ehrenamtliche soll es schaffen, neben Beruf, Familie etc. ständig für politische Fragen oder Verwaltungsfragen ansprechbar zu sein? Ich betrachte es als meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alles läuft, und die hauptamtliche Arbeit die ehrenamtliche Arbeit ermöglicht und fördert.

In den letzten Jahren hat der Bundesverband zum Jahresende „Spendenbettelbriefe“ verschickt. Wie war die Resonanz?

Spendenbriefe wurden bereits verschickt, längst bevor ich auf der Bundesebene tätig war. Die Resonanz war immer positiv. Das hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt und ich

danke auch bei dieser Gelegenheit jeder Spenderin und jedem Spender.

Die Spendenbriefe dienen aber nicht nur dazu, dass die DFG-VK Spenden bekommt. Sie gehen ja auch an Nichtmitglieder und sollen ganz allgemein für die DFG-VK werben, unsere Arbeit darstellen und deutlich machen, dass wir eine Organisation sind, in der jeder seine friedenspolitischen Anliegen umsetzen kann.

In den Spendenbriefen geht es immer um zweckgebundene Spenden. Wir erhalten aber das ganze Jahr über Spenden, die dann meistens nicht zweckgebunden sind. An dieser Stelle deswegen noch Mal unseren Dank an alle, die die DFG-VK unterstützen, sei es mit Geld oder mit ihren Aktivitäten.

Manche Landesverbände, die ja den geringsten Teil aus den Beitragseinnahmen erhalten, verschicken eigene Spendenbriefe. Der Kuchen kann nur einmal verteilt werden. Wie siehst du als Bundeskassierer dieses Konkurrieren bei der Spendenwerbung?

So klein scheint der Kuchen nicht zu sein und er wird größer, wenn wir gute politische Arbeit und gute Öffentlichkeitsarbeit leisten. Die Spendenbereitschaft ist ein Indikator dafür, und es liegt an jeder Gliederung, Ortsgruppen, Landesverbände und Bundesverband, zu zeigen: Bei uns geht etwas.

Die DFG-VK steht ja insgesamt in einer Konkurrenz bei der Spendenwerbung mit anderen Friedensorganisationen. Was ist das Besondere der DFG-VK, gibt es ein Alleinstellungsmerkmal?

Ja, unsere dezentrale Organisation. Ich halte sie für einen großen Vorteil und deswegen freut es mich sehr, dass in letzter Zeit Ortsgruppen reaktiviert oder neu gegründet werden. Es ist eine der Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle, das zu unterstützen.

Unsere dezentrale Organisation ermöglicht es uns, den regionalen Ge-

gebenheiten entsprechend aktiv zu sein und in verschiedenen Gliederungen verschiedene Aktionsformen zu erproben. Sie ermöglicht also Experimente und Neues auf lokaler Ebene auszuprobieren.

Tatsächlich agieren unsere Ortsgruppen und Landesverbände recht verschieden. Ich halte das nicht für ein Problem. Nötig wäre aber überall in der DFG-VK mehr Verständnis dafür, dass andere Gliederungen eben anders arbeiten und dass es für die eigene Form der politischen Arbeit zwar gute Gründe geben mag, dass sie aber trotzdem nicht die allein richtige Art der politischen Arbeit ist.

Unsere dezentrale Organisation ermöglicht es uns gleichzeitig, deutschlandweit tätig zu werden. Welche andere Organisation in der Friedensbewegung kann das so wie wir? Deswegen geht in der Friedensbewegung auch kaum etwas ohne die DFG-VK.

Die DFG-VK ist kein gemeinnütziger Verein im Sinne der Abgabenordnung und kann deshalb keine Spendenquittungen ausstellen, die SpenderInnen mit ihrer Steuererklärung beim Finanzamt einreichen können. Ist das ein großer Nachteil?

Die Spendenbereitschaft ist trotzdem in den letzten Jahren gewachsen. Wir verweisen in unseren Spendenbriefen immer auch auf unsere Bertha-von-Suttner-Stiftung, die gemeinnützig ist und Friedensprojekte unterstützt.

Du bist als Verbandskassierer vom DFG-VK-Bundeskongress in diese Funktion gewählt. Du machst das aber ehrenamtlich. Welche Unterstützung erhältst du und welchen zeitlichen Aufwand musst du betreiben? Ist das ehrenamtlich überhaupt zu leisten?

Ja, ich mache alles ehrenamtlich.

Die Hauptunterstützung, die ich erhalte, kommt von der Bundesgeschäftsstelle. Ohne die beiden Mitarbeiterinnen dort, wäre ich handlungs-

unfähig. Ich betrachte jede Mail und jede Nachricht, die ich erhalte, als an den BundessprecherInnenkreis insgesamt und an die Bundesgeschäftsstelle gerichtet. Teilweise leite ich E-Mails unbearbeitet an die Bundesgeschäftsstelle weiter. Ich bin umgekehrt stets über die Bundesgeschäftsstelle erreichbar. Sie leitet alles, was nur ich bearbeiten kann, unverzüglich an mich weiter.

Die Bundesgeschäftsstelle leistet vieles, das niemand wahrnimmt, was aber gemacht werden muss. 2018 haben wir die Buchführung auf einen anderen, moderneren Kontenrahmen umgestellt, der besser zu unserer Bilanzierung passt. Außerdem wollen wir für die Buchführung ab dem letzten Jahreswechsel die Offene-Posten-Buchführung einführen. Laien sagt das nicht viel. Es wird uns ermöglichen, im Laufe des Jahres besser zu überschauen, für welche Zwecke bereits Geld ausgegeben wurde.

In meinem ersten Jahr als Bundeskassierer habe ich eine Zeit lang notiert, wieviel Zeit ich für mein Amt aufwende. Ich bin auf durchschnittlich ca. 40 Stunden pro Monat gekommen. Es gab Zeiten, da war es deutlich mehr, vor allem 2017. Es gab auch Monate mit weniger.

Es ist zu leisten, wenn, wie es gegenwärtig der Fall ist, in der Bundesgeschäftsstelle gute Arbeit geleistet wird und die politische Arbeit gut läuft. Ich betrachte es als meine Hauptaufgabe, mit dafür zu sorgen, dass dies der Fall ist. Es ist zu leisten, wenn man nicht meint, alles selbst machen zu müssen, sondern dafür sorgt, dass andere tätig sein können und auch tätig sind.

Trotzdem sollte niemand sein gesamtes Leben nur noch um Politik oder um sein Ehrenamt kreisen lassen. Die Erfahrungen, die man in anderen Bereichen macht, Beruf, Sportverein, Familie, sonstige Freizeitaktivitäten, sind wiederum nützlich für die eigenen friedenspolitischen Aktivitäten.

Und, na ja, man sollte nicht alles zu verbissen sehen und zu genau neh-

men. Dann ist ein solches Ehrenamt zu schaffen.

Wie müsste aus deiner Sicht als Finanzverantwortlicher die Entwicklung der DFG-VK weitergehen, welche Vision hast du dafür und wie siehst du die Chancen der Realisierung?

Die Gliederungen, insbesondere die Landesverbände untereinander und die Landesverbände und der Bundesverband sollten besser miteinander zusammenarbeiten.

Einige Landesverbände sollten stärker politisch arbeiten, und ich fände es günstig, wenn es bei mehr Landesverbänden als bisher LandesgeschäftsführerInnen gäbe, sei es auch nur auf Minijobbasis oder als Teilzeitstellen. Das würde das in der DFG-VK gewachsene Gefüge aus ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit nicht grundsätzlich verändern, könnte aber die politische Arbeit beflügeln.

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) hat nur hauptamtliche MitarbeiterInnen, die zwischen 18 und 35 Jahre alt sind. Sie sind durchschnittlich zwei bis drei Jahre angestellt und neben dieser Tätigkeit noch studierend oder woanders als Teilzeiter angestellt. Nach ihrem Ausscheiden sind sie immer noch Teil eines Netzwerkes. Vielleicht können wir uns dies für die Zukunft zum Vorbild nehmen.

Die hauptamtlichen MitarbeiterInnen der DFG-VK sollten noch besser zusammenarbeiten, um die Bereiche politische Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung besser miteinander zu koordinieren.

Die DFG-VK hatte 1981 einen Höchststand von 15800 Mitglieder, 1993 immerhin noch deutlich über 8000 Mitglieder, 2001 noch rund 5300 Mitglieder. In den letzten beiden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hat die DFG-VK im Durchschnitt pro Jahr per Saldo mehr als 500 Mitglieder verloren. Wie in den Jahren vor 2010 steigt jetzt unsere Mitgliederzahl wieder, jetzt auf der Basis von rund 3500 Mitgliedern. Die damaligen Mitglieder-

Christoph Neeb, 56, ist Bundeskassierer der DFG-VK. Erstmals gewählt wurde er 2013



Foto: Michael Schulte von Gläßer

auf dem Bundeskongress in Dortmund und seitdem wieder bei den beiden nachfolgenden Bundeskongressen. Seine Funktion als Bundeskassierer übt er ehrenamtlich aus. Er hat Jura und Philosophie studiert und ist jetzt in der Steuerberatung beruflich tätig. Christoph Neeb ist seit 1991 Mitglied der DFG-VK. Er lebt in Freiburg im Breisgau. Die Fragen stellte *CivilCourage*-Chefredakteur Stefan Philipp.

zahlen zeigen aber meiner Meinung nach, welches Potenzial wir haben.

Im Laufe der 1990er Jahre hat die Kriegsdienstverweigerung ihre bewusstseinsbildende Funktion verloren: mündliche KDV-Verfahren waren nur noch die Ausnahme, Muster für KDV-Begründungsschreiben waren im neu aufkommenden Word Wide Web, dem Internet für alle, zu finden, die Bundeswehr brauchte immer weniger Soldaten und sich politisch zu engagieren wurde immer uncooler, zumindest im Friedensbereich. Ich selbst habe in der Ortsgruppe Freiburg erlebt, wie sich dies auswirkte.

Auf all diese Entwicklungen hatte die DFG-VK damals, wie mir rückblickend scheint, keine zureichenden Antworten. So etwas sollte nie wieder passieren.

Die DFG-VK sollte insgesamt eine lernfähige und vielfältige Organisation sein bzw. bleiben, die es neuen Mitgliedern ermöglicht, ihre Vorstellung von politischer Friedensarbeit umzusetzen. Nur unsere Grundsatzklärung und unser Programm sollten dabei der Rahmen sein. So können wir Menschen dazu motivieren, friedenspolitisch aktiv zu werden im Sinne der Vision, die in unserer Grundsatzklärung enthalten ist. <<

828 Kilometer – Pacemakers Nuclearban Tour

75 RadsportlerInnen setzen sich zur Europawahl im Mai für Atomwaffenverbot ein

Von Roland Blach

Begleitend zu den Wahlen zum Europaparlament führt die *Pacemakers Nuclearban Tour* vom 23. bis 26. Mai durch Deutschland, Frankreich und Luxemburg mit Start und Ziel in Karlsruhe. Der mit 828 Kilometer Radmarathon ist die längste und schnellste Friedensdemonstration in Europa. Bereits 75 RadrennfahrerInnen sind dafür angemeldet, die täglich im Schnitt 200 Kilometer absolvieren werden. „Wir werden unterwegs auf die aktuellen Gefahren durch Atomwaffen aufmerksam machen und die große Sorge vor einem neuen atomaren Wettrennen nach Kündigung des INF-Vertrags ausdrücken. Ziel ist die Rettung des INF-Vertrags und die Unterstützung des Verbotsvertrags von Atomwaffen (Nuclearban treaty), der aktuell von 70 Staaten unterzeichnet und von 21 ratifiziert wurde“, so Roland Blach, Koordinator der Pacemakers und Geschäftsführer des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands.

Die internationale Kampagne *Ican* (*International Campaign to Abolish Nuclear Nukes*) war maßgeblich am Zustandekommen dieses Vertrages beteiligt und erhielt für diese Bemühungen 2017 den Friedensnobelpreis, zusammen mit ca. 500 Partnern weltweit. Zu diesen Partnern zählt auch die DFG-VK, deren Landesverband Baden-Württemberg die *Pacemakers Nuclearban Tour* organisiert.

Während die Gefahr eines Weltuntergangs unvermindert hoch ist und die sogenannte Doomsday Clock weiter auf zwei Minuten vor Zwölf steht, wachsen weltweit die Bemühungen für die Vernichtung aller Atomwaffen, auch dank über 8000 *Mayors for Peace*-Städten weltweit. Einige dieser Städte wurden bewusst in die Tourenplanung eingebunden. So findet bereits am 22. Mai ein Empfang im Rathaus der Stadt Karlsruhe statt. Dessen Oberbürgermeister Frank Mentrup hat die Schirmherrschaft für die Tour übernommen.

Neben der Überwindung der atomaren Abschreckung ist die Förderung des Friedens durch Dialog und Kooperation, Versöhnung und Abrüstung, Stärkung des Völkerrechts und zivile Konfliktbearbeitung zweites Standbein der Tour.

Im Herbst letzten Jahres wurde allort des 100. Jahrestags des Endes des Ersten Weltkriegs gedacht – mit dem Wunsch, einer europäischen, ja weltweiten Kultur des Friedens näherzukommen. Und so führt die

Pacemakers Nuclearban Tour

Donnerstag, 23. Mai • Karlsruhe, 8:00 • Kehl, 10:30 - 11:00 • Straßburg, EU-Parlament, 11:30 - 12:15 • Bitche, 15:15 - 15:45 • Saarbrücken, Rathaus, 17:45

Freitag, 24. Mai • Start: 8:00 • Metz, 11:00 - 11:30 • Verdun, 14:00 - 14:45 • Luxemburg, 18:15

Samstag, 25. Mai • Start: 09:00 • Tier, 10:45 - 11:30 • Büchel, 14:00 - 14:45 • Bacharach, 17:45

Sonntag, 26. Mai • Start: 08:00 • Mainz, 9:30 - 10:00 • Lorsch, 12:30 - 13:15 • Schwetzingen, 14:30 - 14:50 • Karlsruhe, 17:20

Pacemakers-Route auch gezielt an Orte, die so wichtig für die Versöhnungsarbeit zwischen Frankreich und Deutschland sind. Und gleichzeitig ans EU-Parlament, das sich erst kürzlich wieder mehrheitlich für die Unterstützung des Atomwaffenverbots ausgesprochen hat.

Der Start in Karlsruhe wurde ausgewählt aufgrund der Verabschiedung des Grundgesetzes mit klarem Friedensauftrag vor 70 Jahren und als Stadt des Rechts mit Sitz des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes.

Die Stadt Luxemburg ist die Heimat vieler europäischer Institutionen. Büchel ist der einzig noch verbliebene Atomwaffenstandort in Deutschland. Die dort gelagerten Bomben sollen aufgerüstet werden.

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Weitere Informationen zur Pacemakers Nuclearban Tour im Internet: www.pace-makers.de <<



Zum Leserbrief von Rainer Geschke
in *CivilCourage* Nr. 6/2018, Seite 35

Warum ein Mitglied der DFG-VK auch die sozialistische Politik kennen sollte: Sozialisten forderten bereits 1912 auf dem Baseler Kongress „Krieg dem Kriege“ die Abschaffung der stehenden Heere. Innerhalb der Deutschen Friedensgesellschaft haben sich radikalpazifistische Forderungen nach Ächtung aller Kriege, allgemeiner Kriegsdienstverweigerung und sozialer Revolution leider erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges durchgesetzt. Die radikalen oder revolutionären Pazifisten um Fritz Küster standen in der DFG in Opposition zu bürgerlichen Pazifisten wie Ludwig Quidde, der nationale Verteidigungskriege, Demokratie und ein bürgerliches Wertesystem verteidigte und im Ersten Weltkrieg ausdrücklich nicht zur KDV aufgerufen hatte. Dieses blieb dem Spartakusbund vorbehalten für den Karl Liebknecht klar formulierte: „keinen Mann und keinen Groschen!“ Die massenhafte Weigerung revolutionärer Matrosen, weiter Kriegsdienst zu leisten, die Streiks in den Rüstungsbetrieben und die Aktionen der Kriegsgegner auf den Straßen führten zum Ende des Weltkrieges, und nicht etwa der gut gemeinte Appell bürgerlicher

Pazifisten an die kriegführenden Herrschenden oder deren Mitarbeit in Parlamenten. Karl Liebknecht sammelte 1918 die konsequenten Kriegsgegner in der Kommunistischen Partei.

Ächtung aller Kriege, Abschaffung der „stehenden Heere“, hier bei uns also die Abschaffung der Bundeswehr und KDV wäre vor 100 Jahren eher die sozialistische Position gewesen als die der damals sehr bürgerlichen DFG. Auch heute gibt es Pazifisten, die sich wie damals eher mit Appellen an Politiker und mit Parlamentsarbeit oder den Vereinten Nationen abarbeiten, als den Protest und den Widerstand der Menschen gegen den Krieg vor Ort zu organisieren. Das wäre ja mit der Einsicht verbunden, dass die Kriegstreiber hier im Lande zu bekämpfen sind. Oder wie Karl Liebknecht es formulierte „Der Feind steht im eigenen Land“, so gilt es auch heute. Deutschland ist die mit Abstand aggressivste Militärmacht in Europa, die gerade die qualitative Aufrüstung mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung vorantreibt wie keine andere. Ich erwarte nicht, dass alle DFG-VK Mitglieder meine Einschätzung dieser Unterschiedlichkeit teilen, aber sich nicht damit befassen zu wollen, ist schon ignorant.

Ralf Cüppers

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Der INF-Vertrag ist gekündigt, endlich! Die Chinesen führen sich zwar wie die Gouvernanten auf und mahnen mit erhobenem Zeigefinger die Amerikaner, doch bitte alle diplomatischen Möglichkeiten usw. ... Aber diesen Chinesen kann es ja egal sein und denen traut eh keiner: alles verwandt, was die liefern, vom Minibagger bis zur Mobilfunkanlage. Unsere polnischen Nachbarn machen es richtig. Die haben schon einmal vorab den Amerikanern ein Dutzend Stellungen angeboten, wenn die jetzt demnächst mit ihren eigenen atomaren Mittelstreckenwaffen nach Europa zurückkommen, um dem Russen ein bisschen einzuheizen. Und in Berlin? Das große Jammern hat schon begonnen: Nur keine Nachrüstungsdebatte! Nur keine US-Atomraketen! Ja welche sonst? Vielleicht die von Putin? Aber keine Sorge, unsere Bundeswehr bekommt eigene Mittelstreckenwaffen. Vergessen wir nicht: Zwei Prozent vom BIP, das muss erst einmal verbraten werden, und wenn es sein muss, dann wird die Zufahrt zu jedem einzelnen Raketensilo mit Marmor gepflastert. Muss man ja nicht beim Chinesen kaufen, gibts auch im Baumarkt.
gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift



Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

Die ZivilCourage-Karikatur



✂
Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in
einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung
der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

